

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Estland, Litauen, Bulgarien 4,50 Goldmark für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Roman.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Feil“ mit „Gedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Sonnabend“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareilzeile 0,70 Goldmark. Kleinspaltzeile 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das feinstgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außerdem zwei feinstgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsliste das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Tollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 21. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verkaufsstelle: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Teplitzstraße Lindenstraße 3

Der Prozeß gegen Nathusius.

Ein Jahr Gefängnis.

Mitt. 20. November. (M.T.B.) Das Kriegsgericht setzte sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Gendarmenoberst Verstraeten, Beisitzer Major Aspes, die Hauptleute Fanton und Guilain, die Leutnants Botaille, Reubel und Hussan. Offizieller Ankläger Oberst Pierrez.

Die Verhandlung begann in der Zitadelle um 1.30 Uhr. Der Verteidiger v. Nathusius, Rechtsanwalt Nicolai-Meh wird von Rechtsanwalt Jung-Meh unterstützt.

v. Nathusius erklärte, daß er 69 Jahre alt sei und in Kassel wohne. Der Anklagevertreter gibt bekannt, daß General n. Nathusius am 12. Mai 1921 in Abwesenheit vom Kriegsgericht in Lille zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden sei und daß alle Vorschriften des Militärgerichtsverfahrens hinsichtlich der Veröffentlichung des Urteils beobachtet worden seien. v. Nathusius habe bis zum 12. Mai 1926 Zeit zum Einspruch gehabt. Der Einspruch sei infolge der Verhaftung des Angeklagten in Forbach rechtzeitig erfolgt.

v. Nathusius erklärt, daß er unschuldig sei.

Es werden die Belastungszeugen sowie die von dem Verteidiger genannten drei Entlastungszeugen aufgerufen und die Anklageschrift vorgelesen. Danach beruht die Anklage auf Feststellungen der Dienstboten des Fabrikanten Motte aus Roubaix, in dessen Haus der General einquartiert war. Motte war abwesend und hat nach dem Waffenstillstand, als er nach Roubaix zurückkehrte, ein Verzeichnis aller derjenigen Gegenstände aufgenommen, die in seinem Hause fehlten. Diese Sachen seien nachts wegtransportiert worden, und v. Nathusius sei auch nachts abgereist. Eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung verlief erfolglos.

Nathusius erklärte damals, daß er unschuldig sei und die meisten Gegenstände, die abhanden gekommen seien sollen, nicht einmal gesehen habe.

Das Tafelservice des Hauses Motte sei von der Kommandantur requiriert worden. Der Requisitionsschein sei von der Kommandantur ausgefüllt worden.

Dem Baden des Gepäcks seiner Truppe habe Nathusius nicht beigewohnt. Er erklärt, daß er keine Ahnung von all den aufgeführten Gegenständen habe, die abhanden gekommen sein sollen. Er habe aus Frankreich nichts nach Hause gebracht. In einer Mantelfarbe habe er einmal zerfallene Gegenstände gesehen, und bei dieser Gelegenheit seinen Untergebenen anbefohlen, nichts aus dem Hause zu entfernen. Das Verhör dauerte kaum 15 Minuten.

Zeuge Fabrikant Motte aus Roubaix

erklärt, er habe sein Haus unter Bewachung einer braven Frau zurückgelassen. Nach dem Waffenstillstand sei er zurückgekehrt und habe den Verlust festgestellt. Durch einen Bewachten bei der Belagerungsarmee habe er 1919 eine Hausdurchsuchung in der Koblenzer Wohnung des Generals v. Nathusius beantragt, die in Anwesenheit eines seiner Vertrauensleute vorgenommen worden sei, aber nichts Befindliches ergeben habe. Vielleicht habe der General die Sachen in Berlin in Sicherheit gebracht. Herr N. A. Nicolai richtet hierauf einige Fragen an den Zeugen, durch die festgestellt wird, daß

Motte schon am 13. Dezember 1918 nach Roubaix zurückgekehrt ist und erst am 11. Januar 1919 Strafantrag stellte.

Die Liste der fehlenden Gegenstände habe er sogar erst mehrere Monate später eingereicht. Der Zeuge muß auf Befragen zugestehen, daß er keine Anschuldigungen auf Grund von Gerüchten, die ihm vom Hörensagen mitgeteilt wurden, erhoben habe. Er wird schwer in Verlegenheit gesetzt, als der Verteidiger ihn fragt, weshalb er nicht selbst zur Hausdurchsuchung nach Koblenz gefahren sei, und wie er dazu komme, zu behaupten, daß die fehlenden Gegenstände nach Berlin transportiert worden seien. General v. Nathusius wohne ja gar nicht in Berlin.

Dramatisch gestaltet sich das Verhör des Motteschen Chauffeurs Bar, der in Koblenz der erfolglosen Hausdurchsuchung der amerikanischen Polizei beigegeben hat. Diese Hausdurchsuchung endete damit, daß Bar erklärte, daß er nun feststellen müsse, daß Nathusius unschuldig sei und kein Verdacht mehr ausgesprochen werden könne.

Ein Protokoll, das der französische Major Roussel abgefaßt hatte, ist verschwunden.

Der Zeuge sagt, es habe die Feststellung der Unschuld nicht erhalten. Der Verteidiger betont mit Nachdruck, daß die Tatsache des verschwundenen Protokolls sehr merkwürdig ist.

Zeuge Gärtner Charles Riquier kennt den General überhaupt nicht. Er weiß von der Angelegenheit nur, was seine Frau ihm erzählt hat. Trotzdem hat er die Militärbehörde am 29. November 1918 über den angeblichen Diebstahl unterrichtet. Der Zeuge ist sehr unsicher und antwortet ausweichend.

Zeugin Frau Riquier, die das Haus Motte als Pförtnerin verwaltet hat, erklärte, daß sie als General Nathusius das Haus ihrer Herrschaft bezogen habe ausgezogen müssen. Nach der Adresse des Generals seien alle Schränke geöffnet gewesen. Die in Frage kommenden Gegenstände, die bei ihrem Auszug noch vorhanden gewesen waren, seien nach der Abreise des Generals nicht mehr dagewesen. Tatsachen über den Inhalt des Gepäcks des Generals, das nach Koblenz transportiert wurde, kann die Zeugin nicht angeben. Sie beruft sich oft auf Auslösen eines Bergwunders, der gestorben ist. Auch diese Zeugin kann, wie alle anderen Zeugen, nicht darüber ausagen, ob der General die fehlenden Gegenstände mitgenommen hat, als er den Ort verließ.

Zeuge Kaufmann Bourgeois, Nachbar Mottes, will

gesehen haben, daß in der Küche Geräte eingepackt worden seien, und zwar durch den Burschen des Generals. Der Zeuge hat in der Voruntersuchung ausgefragt, wenn General v. Nathusius leugnete, wüßte er ihm gegenüber alles zu berichten, dann werde der General schon gestehen. Der Verteidiger bemerkt diese Bemerkung sei deplaziert, denn der Zeuge klagt ja nicht den General an, sondern eine Ordonnaanz, die jedenfalls gar nicht im Dienste des Generals v. Nathusius gestanden habe.

Auf Befragen erklärt der Beschuldigte, vor seiner Abreise aus Roubaix sei kein Gepäck verladen worden.

Zeuge Polizist Fievez will eine Kiste gesehen haben, die im Juli 1918 die Koblenzer Adresse des Generals getragen habe.

Es werden hierauf die drei Entlastungszeugen

vornommen, die v. Nathusius von Lothringen her kennen. Sie stellen ihm das beste Zeugnis aus; unter ihnen befindet sich ein katholischer Priester aus Diedenhofen. Damit ist die Beweisaufnahme beendet.

Der Anklagevertreter plädierte auf Schuldsprechung. Der Verteidiger trat lebhaft und mit vielen Gründen für Freisprechung ein.

Nach einer Beratung von 1 Stunde 20 Minuten kehrte der Gerichtshof zurück und erklärte, daß gemäß dem französischen Militärgerichtsgezet über die vom Vorsitzenden gestellten Fragen geheim abgestimmt wurde.

Die erste Frage lautet: Ist General v. Nathusius schuldig, gewisse Gegenstände, darunter Pelze, Kleidungsstücke usw. im Gesamtwert von 5500 Francs gestohlen zu haben?

Antwort: Nein, mit 4 gegen 3 Stimmen.

2. Ist General v. Nathusius schuldig, Teppiche, Seidenwaren usw. im Werte von 2850 Francs gestohlen zu haben?

Antwort: Nein, mit 4 gegen 3 Stimmen.

3. Ist General v. Nathusius schuldig, Küchengeräte und ein Tafelservice im Wert von 500 Francs gestohlen zu haben?

Antwort: Ja, mit 6 gegen 1 Stimme.

Widernde Umstände werden nicht zugebilligt. Der Angeklagte wird zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

Gegen das Urteil kann innerhalb von drei Tagen Revision angemeldet werden.

Das Urteil wurde ohne jede Kundgebung ausgenommen.

Der General v. Nathusius war, ohne zu wissen, daß er in Frankreich verfolgt und in seiner Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, einer Erlaubnis der französischen Regierung folgend, auf französisches Staatsgebiet übergetreten, um das Grab seines Sohnes zu besuchen. Wenn er bei dieser Gelegenheit festgenommen wurde, so entsprach das zwar dem formalistischen Buchstabenrecht, aber nicht dem menschlichen Gefühl. Seine Verfolgung wegen eines abhanden gekommenen Tafelservices erscheint — angesichts der ungeheuren Größe der materiellen und moralischen Kriegsverluste — kleinlich, und der Gedanke, daß der alte Mann, als wahrscheinlich doch zu Unrecht verurteilter Dieb seinen 70. Geburtstag im Gefängnis verleben soll, ist schwer erträglich. Die französische Regierung würde menschlich und politisch klug handeln, wenn sie diesen Fall durch eine Amnestie rasch erledigen würde.

Falsch verstandener Patriotismus darf uns nicht verleiten, zu verschweigen, daß der Krieg im allgemeinen auch starke Verwüstungen auf dem Gebiet des Eigentumsbegriffs hervorgerufen hat. Die Verführung lag nahe, bewegliche Gegenstände dem eigenen Gebrauch zuzuführen oder nach Hause zu senden und sich damit zu beruhigen, daß sie ja doch wahrscheinlich an Ort und Stelle der Zerstörung durch Geschosse ausgeheftet gewesen wären. Uebergriffe gegen das Privateigentum sind auch gelegentlich während des Ruhrkampfes von französischer Seite erfolgt. Das gehört mit zu der moralischen Erbarmlichkeit des Kriegs und der militärischen Okkupation. Wir wollen aber nicht den Haß lebendig halten, sondern ihn vergessen. Die Verpflichtung zur Entschädigung der materiellen Schäden im Kriegsgebiet hat Deutschland durch den Friedensvertrag übernommen. Die strafrechtliche Haftbarmachung einzelner Personen deutscher Nationalität durch französische Gerichte schürt aber Haß und Erbitterung auf beiden Seiten.

Darum wünschen wir die Freilassung des Herrn v. Nathusius. Die moralische Wirkung dieser Forderung kann und muß aber dadurch verstärkt werden, daß das Unrecht gutgemacht wird, das die deutsche Justiz an Deutschen verübt hat. Es ist gerecht und menschlich, Nathusius freizugeben, es wäre ungerecht und unmenschlich, den unschuldigen Fehrenbach noch länger im Zuchthaus schmachten zu lassen.

Wenn von der rechten Seite her versucht werden sollte, den Fall Nathusius zu wahlplatorischen Zwecken auszunutzen, wie der Verteidiger vorausgesehen hat, so ist dagegen zu sagen, daß gerade die nationalpolitische Politik die Stimmungen schürt, auf deren Untergrund Urteile wie das von Lille erwachsen. Unsere Friedenspolitik aber fordert Bergeben und Vergessen!

Berechte Aufwertung.

Deutschnationale Demagogie — sozialdemokratische Hilfe für die Inflationsopfer.

Von Hugo Heilmann.

Niemand wird bestreiten, daß die Deutschnationalen gereifere Demagogen sind. Jede im Volk vorhandene Strömung suchen sie in gewissenloser Weise ihren parteipolitischen Interessen dienstbar zu machen. Ihre ungezügelter Agitation zu den letzten Reichstagswahlen am 4. Mai befruchtete sie in der Hauptsache aus zwei Quellen: dem Unwillen weiter Kreise über die rein militaristische Machtpolitik des Bloc national unter Poincaré und dem Unglück der Millionen, die durch die Inflation ins Unglück geschleudert waren. Der ungeheuerliche Volksbetrug, der bis dahin nicht erhörte Verkauf der eigenen Ueberzeugung und Ehre, den die Deutschnationalen durch ihren 49prozentigen Umfall am 29. August begangen haben, ist durch diese Abstimmung aller Welt offenkundig geworden. Das nicht minder frivole und demagogische Spiel, das sie in der Wahlagitiation mit dem Versprechen einer umfassenden Aufwertung getrieben haben und mit dem sie Millionen der durch die Inflation zur Verzweiflung gebrachten Menschen zu ködern versuchten, hat sich in seinen Ergebnissen bisher nur hinter den verschlossenen Türen der Beratungszimmer des Reichstags abgepielt.

Die kolossale Entwertung der Mark hat die öffentlichen und privaten Schulden, die Anfang 1918 noch auf etwa 200 Milliarden Goldmark geschätzt wurden, auf etwa 20 Goldpfennige im Oktober 1923 zusammenschmelzen lassen; sie bildet die größte wirtschaftliche und soziale Revolution der ganzen bisherigen Geschichte. Es ist daher geradezu ein Verbrechen, in den unzähligen Geschädigten den Glauben zu wecken und zu nähren, daß eine Wiedereinführung in den vorigen Stand noch zu ermöglichen wäre. Solche durch Jahre sich hinziehende, fast alle Klassen treffende ökonomische Umwälzung kann jetzt durch kein Gesetz mehr ungeheuren gemacht werden, und sei es so gut, wie die dritte Steuernotverordnung schlecht ist.

Zu oft wiederholten Malen hat die Sozialdemokratie seit 1920, als die Inflation einsetzte, durch ihre Anträge auf Erfassung der Sachwerte, auf Erlass scharfer Besitzsteuern und Durchführung zahlreicher anderer Maßnahmen das Unheil abwenden wollen. Wo standen damals die Deutschnationalen? Damals tobten die Helferrich, Westarp und Hergt gegen jeden dieser Vorschläge in genau der gleichen Weise, wie sie das bei allem getan haben, was seit 1919 geschehen ist oder geschehen sollte, und stellten sich zusammen mit dem verstorbenen Direktor der Reichsbank, Havenstein, schüßend vor die Inflationsergewinnler. Handel, Banken, Landwirtschaft, Industrie und Spekulantentum verdienen dank der Betreibung durch die Deutschnationalen kolossale Summen und man ließ daher dem Unheil seinen Lauf. Erst im August 1923, als die nach Helferrichem Rezept geübte Finanzierung des Ruhrkampfes der deutschen Währung den letzten Stoß gegeben hatte und die bisherigen Inflationsergewinnler nun selber an den Lasten der Inflation teilnehmen mußten, kam die Einsicht. Die vorher beiseite geschobenen sozialdemokratischen Vorschläge gelangten zu Ehren, und selbst die „Kreuz-Zeitung“ mußte damals schreiben:

„Man hätte rechtzeitig finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen treffen müssen, die dem Verfall unserer immererwählmisse in so rasendem Tempo vorbeugen konnten.“

Das alles aber hinderte die Deutschnationalen nicht, hinterher, als das Unglück da war, und man hoffen konnte, mit diesem Unglück Geschäfte zu machen, sich hinzustellen und mit allgemeinen Redensarten, ohne bestimmte Wege zu weisen, zu erklären, nun werden wir Deutschnationale den Geschädigten, dem enteigneten Mittelstand, den kleinen Leuten und der Arbeiterchaft helfen. Ein Spiel, so voll Heuchelei, so unehrlich und unwürdig wie ihre ganze Politik.

Demgegenüber hat die Sozialdemokratie von dem Augenblick an, als es mit Mühe gelungen war, die deutsche Währung zu stabilisieren, den Grundsatz verfolgt, daß es jetzt das wichtigste sei, der Zukunft zu gedenken und einer neuen Entwertung der Mark vorzubeugen, weil diese neues, unermessliches Unglück über die bereits Geschädigten und das ganze Volk bringen müßte. Diese Richtschnur vor Augen, präziserte Genosse Dr. Herz, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, am 28. Juni in der ersten Lesung der von den Parteien zur Aufwertungsfrage gestellten Anträge den sozialdemokratischen Standpunkt wie folgt:

„Wir sehen in der Aufwertung zugunsten der Allgemeinheit den leichtesten, besten und gerechtesten Weg, um die Schäden, die die Inflation angerichtet hat, zu beseitigen. ... Nur auf diesem Wege haben wir die Möglichkeit, für die verarmten und bedürftigen Inflationsgeschädigten ausreichend zu sorgen, Kriegsoffer und Erwerbstote vor Not und Entbehrung zu schützen. ... Wenn aber die Anträge der bürgerlichen Parteien ernst gemeint sind, wenn die Herren die Absicht haben, die Inflationsschäden im weitestgehenden Maße zu beseitigen, dann werden wir ihnen, sofern die maßgebenden Kreise der Wirtschaft und die Parteien bereit sind, die Lasten dafür zu übernehmen, auf dem Wege folgen, den sie dafür vorschlagen. Nur für das

Spekulanten darf es unter keinen Umständen eine Aufwertung geben.

Wie steht es nun mit der Bereitschaft von Industrie, Landwirtschaft und Handel, Lasten auf sich zu nehmen, um eine weitestgehende Aufwertung zu ermöglichen? Noch in der Sitzung vom 28. Juni dominierte Herr Hergt in großen Tönen: „Es muß jetzt unter allen Umständen eine Aenderung eintreten. Es muß das nachgeholt werden, was man damals bei der Dritten Steuernotverordnung veräußert hat, nämlich den gerechten Ausgleich zu bringen.“

Sein ganz allgemein gehaltener Antrag verlangte sofortige Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung und alsbaldige Vorlage eines neuen Gesetzesentwurfes, „in dem die gesamte Aufwertungsfrage einschließlich der Aufwertung der öffentlichen Anleihen im Interesse der Gläubiger einer wesentlichen Umgestaltung unterzogen wird“.

Sämtliche Anträge wurden einem Ausschuss überwiesen. Auf Antrag unserer Mitglieder wurde zunächst beschlossen, hervorragende Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Banken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und der Arbeiterschaft zu laden, um von ihnen zu hören, wie sie sich zu den Möglichkeiten einer weitgehenden Aufwertung stellen. Zwei Tage lang, von früh bis spät, dauerten die Beratungen dieser Sachverständigen, und es ist ein Jammer, daß diese Verhandlungen nicht in gleicher Weise bekannt werden konnten, wie die deutsch-nationale Abstimmung am 29. August. Die Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft und des Großhandels gaben an, für ihre Person Mitglieder der Deutsch-nationalen Partei zu sein. Ihre Organisationen aber könnten die Lasten für eine weitergehende Aufwertung, als die Dritte Steuernotverordnung sie vorsehe, nicht übernehmen. Eine solche weitergehende Aufwertung sei nur durchzuführen, wenn andere Körperschaften, vor allem das Reich, die Lasten tragen. Auf den gleichen Ton, nach dem Spruch: „Heißer Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an“ waren die Aussagen der Vertreter der anderen großen Organisationen gestimmt.

So führten schon die ersten Sitzungen des Aufwertungsausschusses zu einer vollen Entlarfung der deutsch-nationalen Demagogie, und es war ein Augenblick ungewohnter Offenheit, als Herr Hergt unmittelbar nach diesen Beratungen das Wort des Schülers aus dem Faust zitierte: „Mir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Rührstab im Kopf herum.“

Die Reichstagsauslösung legte den weiteren Verhandlungen des Ausschusses ein Ende, bevor es gelungen war, den sozialdemokratischen Antrag zur Beratung zu stellen. Dieser nicht allgemein gehaltene, sondern genau spezialisierte Antrag befeitigt die trassen Ungerechtigkeiten der Dritten Steuernotverordnung, bringt wenigstens den bedürftigsten Opfern der Inflation Hilfe, vermeidet die Gefahr, die deutsche Währung und Wirtschaft aufs neue zu erschüttern und zeigt als einziger den Weg zu einer sozial gerechten und wirtschaftlich erträglichen Lösung des schwierigen Aufwertungsproblems.

Nur den zähen Bemühungen unserer Partei war es gelungen, in die Dritte Steuernotverordnung eine Bestimmung einzufügen, nach der nicht nur die Hypothekengläubiger, sondern auch die Besitzer von Sparkassenguthaben, Ansprüche aus Versicherungen usw. entschädigt werden sollen. Aber während der Gegenwartswert der Forderungen der Hypothekengläubiger nach der Dritten Steuernotverordnung circa 8 Proz. beträgt, stimmten Regierung und bürgerliche Parteien bei den kleinen Sparern und Versicherern nur einer Regelung zu, die diesen Bedürftigsten einen Gegenwartswert ihrer Ansprüche von circa 2 Proz. sichert. Diese trasse Ungerechtigkeit befeitigt unser Antrag auf folgende Weise. Die Aufwertung der Hypotheken wird von 15 Proz., wie in der Dritten Steuernotverordnung zugunsten der Gläubiger vorgesehen, auf 25 Proz. erhöht mit der Maßgabe, daß die 15 Proz. übersteigenden Beträge in einen besonderen Sozialfonds fließen. Gleicherweise fließt in diesen Sozialfonds der Ertrag einer neu einzuführenden Vermögenszuwachssteuer, die alle zur Vermögenssteuer Veranlagten zu

zahlen haben, deren Vermögen gegenüber 1913 mindestens 50 Proz. beträgt. Aus den Mitteln dieses Sozialfonds werden Lebensversicherungsanstalten, Pensionskassen und Sparkassen Beiträge zur Aufwertung der Forderungen der Versicherern und Sparern in Höhe von zunächst 15 Proz. gewährt. In erster Reihe werden Beträge bis zu 5000 M. bei denjenigen Personen aufgewertet, deren Einkommen 3000 M. nicht übersteigt. Die über diesen Betrag verbleibenden Mittel des Sozialfonds werden verwendet zur Erhöhung der sozialen Renten.

Bei einer Abstimmung über diesen Antrag hätte sich, wie die Vernehmungen der Sachverständigen bewiesen haben, unzweifelhaft gezeigt, daß all die demagogischen Schreier, die den Mund mit Aufwertungsphrasen nicht weit genug aufreißen konnten, sofort verstummen, sobald der Besitz die Lasten der Aufwertung zu übernehmen hat. Wenn man die gesamten Kosten dem Reich zuwälzen und durchsetzen könnte, daß das Reich diese Lasten durch Verbrauchssteuern aufbringt, ja, Bauer, das wäre etwas anderes. Dann hätten die durch die Inflation am schwersten Betroffenen zum weitaus überwiegenden Teil die Lasten zu tragen und dürften nur dankbar und zufrieden sein, wenn ihnen später einmal ein kleiner Bruchteil als Aufwertungsquote zürückstattet würde.

Es zeigt sich eben auch an dieser so wichtigen Aufwertungsfrage, wie leichtsinnig die durch die Inflation aus dem Gleichgewicht gebrachten Wählermassen sich durch inhaltsleere Verheißungen haben einfangen lassen. Strupplos verprochen die Demagogen von rechts und links den Wählern das Blaue vom Himmel, ohne sich um die Einlösung dieser Versprechungen Gedanken zu machen. Die wenigen Wochen der Existenz des Reichstags aber haben genügt, auch den ungeschulten Wählern die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, daß ihre Nöte und Leiden von den Deutsch-nationalen, den Nationalsozialisten wie den Kommunisten lediglich parteipolitisch ausgenutzt werden.

Selbst eine rechtsgerichtete Organisation, wie der Schutverband der Hypothekengläubiger und Sparern, hat nach den geschilderten Reichstagsverhandlungen durch seine Korrespondenz folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die letzten Reichstagsverhandlungen haben erwiesen, daß es den politischen Parteien, besonders den Deutsch-nationalen, nicht ernst ist mit der Aufwertung. Millionen Sparern protestieren gegen die Ausnutzung der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit zu politisch-demagogischen Zwecken.“

Wem daher Taten, auch wenn sie unter den gegebenen traurigen Verhältnissen nicht alles bringen können, lieber sind als hochtönende Verheißungen im luftleeren Raum, für den kann die Parole am 7. Dezember nur lauten:

Meine Stimme im Reich und Preußen der Sozialdemokratie, als der einzigen Partei, die wie in der Aufwertungsfrage zuverlässig so auf allen Gebieten gewissenhaft und tatkräftig bestrebt ist, die Massen des Volks zu Wohlfahrt und Kultur emporzuführen.

## Die Willkür des Kapitals.

### Schwerindustrielle Wahlgelder. — Veruntreuung von Gesellschaftsvermögen.

Das Geld der Inflationsoffer muß dazu dienen, die Wahlpropaganda der reaktionären Parteien zu bezahlen. Es ist in die Taschen der Großindustrie geflossen, ist „unpersönliches Aktienkapital“ geworden. Aber die Herren der Großindustrie, deren rechtliche Stellung zu dem „unpersönlichen Aktienkapital“ niemals völlig klar ist, schalten darüber nach Willkür. Sie haben dem deutschen Volke gewaltige Summen, seine ganzen Ersparnisse geraubt, und verwenden sie nun, um sich zu neuen Raubzügen politisch stark zu machen.

Diese Willkür des Kapitals hat eine rechtliche Seite. Die Herren der Großindustrie legen sich bei ihrer Wahlgeldersammlung glatt über die Vorschriften des Handelsgesetzbuches hinweg. Herr Justizrat Leopold Gottschalk schreibt uns darüber:

Ihr Aufsatz betreffend die „Wahlgelder der Industrie“ in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 20. d. M. gibt mir zu der nachfolgenden juristischen Betrachtung Veranlassung:

Sie bezeichnen die Ansammlung der Wahlgelder, wie dies in dem mitgeteilten Schreiben des Herrn Ernst von Borfig zum Ausdruck gelangt, als die Bildung eines Rekrutionsfonds. Ich will nicht auf die ethische und politische Wertung dieser Kapitalvermehrung, die mindestens 2 M. pro Kopf der beschäftigten Arbeiter eingehen, ich will lediglich die rechtliche Seite dieser Angelegenheit beleuchten.

Hierzu bin ich der Auffassung, daß, wenn die Vorstände der betreffenden Aktiengesellschaften diesem Ersuchen des Herrn von Borfig nachkommen.

sie sich der strafbaren Untreue nach § 312 HGB. schuldig machen.

Hierzu werden Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats, wenn sie absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft handeln, mit Gefängnis und zugleich mit Geldstrafe bis zu 20 000 M. bestraft; zugleich kann auch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Unzweifelhaft liegt dieser Tatbestand vor, da es weder zu den gesellschaftlichen noch zu den geschäftlichen Pflichten der Vorstände der betreffenden Aktiengesellschaften gehört, die politischen Wahlen zu beeinflussen. Wenn auch Freiheitsgeboten, die sozialen Pflichten gegen die Angestellten und Arbeiter entspringen, allgemein nicht unter diese Strafvorschrift fallen, so liegt dies doch ganz anders, wenn die Vorstände jener Gesellschaften ihre politischen Ansichten bei den Wahlen zu fördern suchen. Diese Wahlgelder stellen, je größer die Beträge sind, eine um so größere Verminderung des Vermögens der Gesellschaft dar. Es liegt daher ein absichtliches Handeln zum Nachteil der Gesellschaft vor. Die Staatsanwaltschaft hätte daher in allen diesen ihr bekannt gewordenen Fällen wegen Vergehens gegen § 312 HGB. einzuschreiten. Auch müßten die Aktionäre, die doch den verschiedensten politischen Richtungen angehören, auf den Generalversammlungen ihre Verwaltung dieserhalb zur Rechenschaft ziehen. Hieraus geht schon hervor, daß derartig pflichtwidrig handelnde Vorstände sich auch nicht auf das angebliche Interesse der Gesellschaft berufen können, weil die Aktionäre den verschiedensten politischen Richtungen angehören, und zudem jede Aktiengesellschaft lediglich wirtschaftliche und keine politischen Ziele zu verfolgen hat. Wenn schon die Weiter solcher Gesellschaften ihre persönliche politische Richtung durch Wahlgelder unterstützen wollen, so müssen sie dies aus eigener Tasche und nicht auf Kosten der Aktionäre tun.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Gottschalk, Justizrat.

Die Herren der Großindustrie haben sich in der Inflationszeit glatt über die sie hemmenden Vorschriften des Handelsrechts hinweggesetzt. Vor ihrer Willkür und ihrer Macht erlosch die Buchstaben des Gesetzes. Sie haben Eigentümernrechte an sich gerissen, ohne Eigentümer zu sein. Sie haben eine neue wirtschaftliche Herrschaftsform herausgebildet, die das alte Recht beiseite schob.

Es wird soviel von der Wiederherstellung des Rechts geredet. Hier ist ein Fall, wo angefangen werden könnte. Wo ist der Staatsanwalt, der gegen die unfreuen Direktoren der Großindustrie vorgeht? Es handelt sich um Summen von vielen zehntausend Mark, die veruntreut werden. Es gibt genug Staatsanwälte, die jederzeit gegen republikanische Beamte einschreiten; wegen 143 Mark, die der sozialdemokratische Minister Herrmann veruntreut haben sollte, wegen 2 Mark gegen einen sozialdemokratischen Landrat.

Wo ist der Staatsanwalt, der es wagt, das Recht auch gegen die Diktatoren der Großindustrie zu verteidigen?

## Flettner beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern den Erfinder des Flettner-Ruder- und Motorfließes, Ingenieur Flettner, zum Vortrag über diese Erfindungen und ihre Bedeutung und sprach ihm im Namen des Reiches Dank und Anerkennung für seine Arbeit aus.

## Der Kleist-Preis für Ernst Barlach.

Der Kleist-Preis für 1924 ist an Ernst Barlach verliehen worden. Der Vertrauensmann der Stiftung für dieses Jahr ist der Literaturhistoriker Prof. Fritz Strich in München der allein den Preis zu vergeben hatte, da diese Stiftung nicht von einer Kommission, sondern von einer jedes Jahr wechselnden Persönlichkeit verwaltet wird. (Man will so die meist zu fauler Kompromissen führende Ausschusswirtschaft vermeiden.) Prof. Strich hat seine Entscheidung in sehr interessanter Weise begründet:

„Ich bin mir bewußt, hierbei scheinbar in etwas gegen die Bedingungen zu verstoßen, weil Barlach in einem wörtlichen Sinn nicht mehr zu den jungen, um Durchbruch und Existenz Ringenden gehört. Aber ich habe unter diesen jungen trotz gewissenhafter und vorantunungsbehafteter Prüfung, wenn auch gewiß manch starkes Talent, so doch niemanden finden können, dessen Weg zukunftsfördernder ist und von dem wir das Beste erhoffen können, auf das wir alle warten. Überall Epigonalität des Expressionismus, manierierter, manierierter Stil, viel Geschicklichkeit, aber keine ursprüngliche, schöpferische Kraft.“

Ernst Barlach allein scheint mir, die Jüngerem überragend, würdig, mit dem großen Namen Kleists in Beziehung gesetzt zu werden. Gehört er nicht mehr zu den jungen, so trat er ja doch so spät erst in die Literatur ein und steht noch mitten im heftigsten Streik der Meinungen, daß er in einem tieferen Sinn doch zu ihnen gerechnet werden muß, und, was entscheidend ist: dem Geiste nach ist er der Jungste, weil der Zukunftsreife. Ein Weg von großartiger und unbeirrter Konsequenz führte ihn von den „echten Seemanns“, „dem armen Bettler“ und „dem Toten Tag“ zum „Findling“ und endlich zu der „Sintflut“. Die in den Aufsätzen noch allzu allegorische Formung weicht mehr und mehr einer wahrhaft mythischen Gestaltung, das plastische Geiste bemerkt mehr und mehr den geistigen Gehalt. Das letzte seiner Werke ist von einer neuen und prophetischen Einfachheit. Was ihn jedoch besonders über die anderen erhebt, ist der gewaltige Ernst, mit dem er an seine Aufgaben tritt, und daß die Tragik in seinen Dramen — sie sind ja alle von der einen Grundidee befeuert — aus einem ganz neutralen Erlebnis kommt und sich in diesem wiederum die ganze Tragik unserer Zeit zu überzeitlicher Gültigkeit zu erheben sucht. Ich kenne niemanden, der so wie er aus eigener, innerer Notwendigkeit zum tragischen Dichter dieser Zeit wurde und dessen Dichtung so zu einem Spiegel dieser Zeit wurde, in welchem sie sich, von Zufall und Willkür erlöst, so wachhaft, so ewig spiegelt. Dies kann nur einer wahrhaft visionären, dichterischen Schau gelingen. Der Weg, den er bis zu keinem letzten Wert ging, scheint mir die Gewähr zu bieten, daß er in die Zukunft führt und daß Barlach auch die letzten Reste ungeschicklichen Geistes überwindend, uns das Drama großen Stiles schenkt. Dies sind die Gründe, warum ich ihm den Preis zuerkenne.“

Die Stellung des Bildhauers Barlach ist weniger umstritten. Aber es ist begrüßenswert, daß auch der Dichter Barlach von hoher Marke anerkannt wird. Staatstheater wie Volksbühne haben bereits vorgebeugt, indem sie „den armen Bettler“ und „den toten Tag“ zur Aufführung brachten.

## Völkische Jugendschau.

Von Paul Gutmann.

Der „Ring deutscher Jugend“ ruft zum Besuch einer von ihm veranstalteten „Deutschen Messe“ auf. Eine deutsche Messe ist vermutlich eine Schau des Besten, was Deutschland auf allen geistigen Gebieten in den letzten Jahren hervorgebracht hat. In dieser Annahme liegt man sich voll Erwartung an einem Morgen im „Rebelung“ in die Neue Grünstraße — welcher Stroßennamen würde für eine Jugendschau besser passen? — um sich unbefangen in den Geist einer heranbrechenden Zeit zu versetzen. Was könnt ihr? Was stellt ihr dem Alten, brüchig Gewordenen gegenüber?

Wir werden zuerst in zahllosen Schriften und Photographien mit der Wandervogel- und Heimatbewegung vertraut gemacht. Schön, die Jugend aller Richtungen strebt heute ins Freie, Weite, läßt den Körper, erfreut sich an den Reizen der Heimat. Viele gute Abbildungen zeigen, wie im Zusammenleben beider Geschlechter die Fesseln veralteter Bräuterei abgelegt werden. Das ist etwas Positives. Auch einige kunstgewerbliche Arbeiten sind nicht schlecht. Nun aber betriff man einen Saal, wo die wirkliche Kunst das Wort hat. Zur Vorbereitung offenbar hängt am Eingang eine Bildertafel, darauf man die verschiedenen Rassenstypen der Bewohner Deutschlands erkennen kann. Oben die strahlenden Nordgermanen, darunter die schon weniger reinen Süddeutschen und ganz unten der orientalische Jude Jacques Offenbach und der Jude mit germanischem Einschlag: Bertold Auerbach. Zahllose Bücher, die das Germanentum betonen, liegen auf einem Tisch darunter ausgebreitet. Also orientiert, legt man sich, daß schließlich das Germanentum eine Idee ist, die auch die Kunst befruchten könnte. Was macht sie daraus?

Wenn es möglich wäre, die Phrasen völkischer Ideologie einigermaßen zur Anschauung zu bringen, so ist es ratsam, diese Kunst, die offenbar einen Extrakt des Guten darstellen soll, zu betrachten. Die Namen Staffen, Hendrich, und leider auch der in diese Gesellschaft getretene Fiskus sorgen für Aufklärung. Der Götterhimmel! Walhalla dient Zeugen, an denen die ganze materielle Entwicklung eines Jahrhunderts spurlos vorübergegangen ist, dazu, in schlechten Farben und miserabler Komposition germanische Gesinnung zu zeigen. Bismarck, ein vergrämter Kanzler, steht in prähistorischer Rüstung, einen Helm aus Walfischborsten auf dem Kopf, und schmiegt sich in die Arme einer ihn an Größe noch weit überragenden weiblichen Germanengottheit. Fürchtbare Ritter reiten in archaischen, schweißschillernden Rüstungen. Götter rufen auf fabelhaften Köstern durch rufende Rufe. Eine indianerhafte Anschauungsweise öffnet sich, wo das Erhabene zum Hässlichen wird. Man glaubt auf einem schlechten Maskenball zu sein. Wozu das so wirken? Könnte der germanische Vorstellungskreis nicht für die Kunst ebenso fruchtbar sein, wie es der griechische gewesen ist?

Man stelle sich vor, daß heute in Griechenland eine völkische Bewegung bemüht wäre, die Tradition der Vorzeit zu beeben. Abgesehen davon, daß die griechische Vorzeit bekanntlich die Grundlagen zur Kultur der Menschheit gelegt hat, was von der germanischen sich nicht behaupten läßt, würde diese gewaltsame Renaissance wahrscheinlich ein unerträgliches Phrasentum sein. Die Kunst, die Geistesfreiheit, die der deutschvölkischen Ideologie dient, läßt an höherer Phrasenhaftigkeit aus ähnlichen Gründen nichts zu wünschen. Man schlage eine der zahllosen Streit- und Fugschriften auf der „Deutschen Messe“ auf, die geistige Kraft einer Jugend, die, wie es in ihrem Programm heißt, der „alles zerlegenden Ueberkultur“ entrinnen möchte. Man lese Gedichte oder Erzählungen wie die folgende in der Zeitschrift „Aufsteigendes Leben“, die so beginnt: „Auf Botans Erde war wonnige Zeit. Die Linde blühte, es blaue der Himmel, Baldur schritt durch die Bunde. Auf Hrimfagi, dem dunklen Kofte, nahm zögernd Abschied Alnmutter Nacht von Roni, dem Knaben, dem Lenker des Ronds.“ Wie schön, wie poetisch! Ein Moderner würde bloß schreiben: „Es war Frühling, die Tage wurden wieder länger.“

Was stellt diese Jugend der „Ueberkultur“ entgegen? Das Idiotische. Wo man hinschaut, ein Ausweichen vor den großen Problemen der Gegenwart, ein kraftloses Schweigen in einem erträumten Götter- und Heldenum, nicht zum mindesten Teil mit einer listigen Treil verquillt. Sie träumt vom nordischen Menschen, aber nicht einem Geistesbruder der Ibsen, Strindberg, Andersen-Kegö, sondern einem blonden, brombarberenden Hölzler mit dem Halenkreuz. Diese ist so kraftvoll dünkende Jugend ist ebenso schwach, sie ist vielleicht noch ärmer als die überkultivierte. Sie teilt deren Schicksal, ein verdorrender Ast zu sein, wie ja nach Nietzsche das Kindliche und Primitivie ebenso ein Verfallsphänomen ist wie das Raffinierte, Geistesvolle. Abgeschlossen gegen alle fruchtbareren Strömungen der Völkergemeinschaft, lebt diese bedauerenswerte Jugend in einem Rassenwahn, der blond und blond gleich setzt. Selbst der politische Segner kann diesen Naturschwärmern, diesen rousseauisch gefärbten, misanthropen Germanenfindern, die im Freien nach ihren Göttern opfern, eine leise Sympathie nicht versagen. Dieß man ihren Jung-Germanen betrieblen Aufruf, so hat man Mitleid mit diesen großenwahnigen Monomanen. „Mit ihm“ betörtet und entarteter Rassekrüder haben die Dunkeln aus dem Osten, Süden und Westen Deutschlands das Hauptbollwerk der nordischen Rasse niedergeschlagen.“ Die Unterlegenen sind die herrlichen Wonden. Es läuft also auf einen Befreiungskampf der Blondnen gegen die Dunkelhaarigen hinaus! Armer, kaum mittelgroßer, brünetter Goethe, armer Kant, armer alpiner minderwertiger Mozart! „Wir wollen der Stoßtrupp der nordischen Rasse sein, die blonde nordische Jugend um.“ Verkrieche dich, Schopenhauer, verkrieche dich vor allem Einsteim! Irgerdein gedankenarmer, rücksichtsloser, doch Heber Jens Jensen oder Goethes Schulse ist der Träger unserer germanischen Edelkultur. Der Biceps über das Großgehirn. Der Stoßtrupp der Zukunft der Götter, Helden und Ritsch!

## Drei Millionen für Hochwasserschädigte.

### Die Hilfe der preussischen Regierung.

Die preussische Staatsregierung hat, wie der amtliche preussische Pressedienst meldet, heute neuerdings die Summe von 1,65 Millionen Mark für die durch die Hochwasserkatastrophe geschädigten rheinischen Gebiete an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz überwiesen. Damit hat die preussische Staatsregierung seit insgesamt drei Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

## Staatsbank und Schieber.

Der Fall Bartels, Holzmann, Kutischer.

Es war von vornherein anzunehmen, daß die Laifache der Kreditgewährung der Preussischen Staatsbank an das Bankhaus E. von Stein alias den Schieber Kutischer zu einer politischen Propaganda ausgenutzt werden würde. Tatsächlich verfuhr (sowohl die Berliner Börsenzeitung wie die Deutsche Zeitung) es so hinzustellen, als seien sozialdemokratische Mitglieder der Preussen-Regierung für die unvorsichtige Kreditgewährung der Preussischen Staatsbank verantwortlich zu machen. In die Hand gradliniger nationaler Kraft gehört das Ruder, erhebt sich die Deutsche Zeitung. Tatsächlich ist das Ruder der Preussischen Staatsbank durchaus in der Hand gradliniger nationaler Kraft, um diese Worte zu gebrauchen und es bedarf dazu wirklich keiner Neuwahlen mehr. Vom Preussen-Ministerium ist als ausführende Instanz höchstens der Finanzminister Dr. von Richter für die Geschäftsführung der Staatsbank verantwortlich. Schon sein Name deutet darauf hin, daß er nicht Sozialdemokrat ist. Außerhalb der Deutschen Zeitung weiß es jedes Kind, daß der preussische Finanzminister der schwarzweißen Streifenpartei angehört. Aber auch ihn kann man nicht zum Schuldigen erklären, da er ja nicht jedes einzelne Geschäft der Staatsbank kontrollieren kann. Sieht man sich aber die Leitung der Staatsbank an, so kommt man zu ganz anderen Ergebnissen. Bis in dieses Frühjahr war es die abgediente Eggelsen des Herrn von Dombais, ein kolonialer Beamter, der die Bank leitete. Abgelöst wurde er von dem in rationalen Dingen sicherlich unanfechtbaren Staatssekretär Schröder, der früher im Reichsfinanzministerium tätig war. Der Verwaltungsstab der Seehandlung sieht sich durchweg aus Beamten des alten Regimes zusammen. Wenn man also schon die Staatsbank in Wausch und Bogen verurteilen will, so verurteilt man mit ihr das ganze schwarzweiße Beamtensystem und ihre Sachwalter, die im alten Deutschland volle 47 Jahre den Beweis ihrer Fähigkeit vermissen ließen.

Diese Feststellung soll lediglich dazu dienen, jeder Regendenbildung vorzubeugen. Auch wir sind der Meinung, daß trotz schwerer Bedenken, die derartige Erhebungen für ein Kreditinstitut mit sich bringen, die Angelegenheit zum Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung gemacht werden muß. Dann wird sich einwandfrei herausstellen, welche Persönlichkeiten unsachlich operiert haben.

Schon jetzt stellt sich eine Reihe von Anträgen als übertrieben heraus. Die Preussische Staatsbank veröffentlicht nämlich folgende Erklärung:

Eine Geschäftsverbindung der Preussischen Staatsbank mit dem Bankhaus E. von Stein hat bestanden, daogen bestand eine solche mit dem Generaldirektor Kutischer nicht. Das Bankhaus E. von Stein hat wie viele andere Berliner Banken bei der Preussischen Staatsbank einen Pömbardkredit in Anspruch genommen, der im Anfang dieses Jahres einen größeren Umfang erreicht hätte, wobei zu bemerken ist, daß die in der Presse genannte Zahl von 20 Millionen Mark weit übertrieben ist. Das Hannover Lager ist als Zulieferer der in den lombardierten Wertes hergenommen worden, dabei wurde ein Wert von 42 Millionen Mark zugrunde gelegt. Kein Mitglied der Generaldirektion, auch kein Beamter der Preussischen Staatsbank hat einen Aufsichtsratsposten in einer der Kutischer'schen Unternehmungen innehat. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für den in der Presse namentlich benannten Geheimen Finanzrat Wadeniq.

Die Malerin Dora Häh 7. In Berlin, wo sie seit langem eine der Repräsentantinnen der Deutschen Malerinnen war, ist im Alter von 71 Jahren Dora Häh gestorben. In Frankreich hatte Rosa Bonheur der Frau die gleichberechtigte Stellung in der Malerei eine Generation früher errungen. In Deutschland gehörte Dora Häh zu den Pionieren ihres Geschlechts (das freilich auch in früheren Zeiten wiederholt tüchtige Malerinnen aufzuweisen hatte). Sie hatte ihre Studien in München und Paris gemacht, wo sie unter dem Einfluß der weichen und intimen Kunst Eugène Carrière's stand. Aber sie fand über Carrière den Weg zu sich selbst. Frauen, Kinder und Blumen hat sie mit Vorliebe gemalt, auch im Porträt gute Leistungen vollbracht. Ihr Kolorit wurde immer frischer, besser, farbenreicher, bis zum ausgesprochenen Impressionismus. In den staatlichen Berliner Sammlungen ist sie mit einem „Kinderbildnis“ und einer „Jungen Dame“ gut vertreten. In ihrem Schätzkästlein hat sie auf weite Kreise lebend und anregend gewirkt.

Eine rheinische Jahrausstellung. Die Stadt Köln plant für das Jahr 1925 eine großartige Jahrausstellung der Rheinländer. In diesem Jahre sind tausend Jahre verstrichen, seitdem die Rheinlande mit dem deutschen Reich verbunden wurden. Aus Anlaß dieses hochwichtigen Ereignisses werden an den Rheinufren von Worms und Speyer bis zur holländischen Grenze zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, die sich auf die geschichtliche, künstlerische und wirtschaftliche Entwicklung der Rheinlande beziehen. Die wichtigste Erinnerungsfeier wird die Jahrausstellung in Köln sein, die im Mai stattfinden wird. Von besonderem Interesse wird in der Jahrausstellung eine Abteilung sein, in der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Rheinlande geschildert wird.

Fachisten als Verteidiger des Futurismus. Gelegentlich der Aufführung eines futuristischen Stückes der von Marinetti, dem bekannten italienischen Futuristen, geleiteten Schauspielergesellschaft kam es kürzlich im Teatro Giglio in Lucca zu einem wilden Theaterkampf. Den Protesten des Publikums, das das Stück energisch ablehnte, traten die im Haus anwesenden Fachisten mit dem Ruf entgegen, daß Marinetti Faschist und Diktator sei, und daß sie es für sich seien, jede gegen ihn gerichtete Kundgebung mit aller Mitteln zu unterdrücken. Angesichts des Tumults, der zu einem Handgemenge auszuarten drohte, sah sich die Polizei genötigt, die oberen Ränge, von denen die heftigsten Proteste ausgingen, zu räumen.

Ein Richterlager veranstaltet die Bühnengenossenschaft am 23. November. Derocrogrande Mitglieder der Staatsoper wie des Metropoltheaters werden dabei mit. Am Dienstag findet eine Anprobe, in der Wandelhalle ein Orchesterkonzert statt. Der Vorverkauf (ab 10 Uhr) vom Montag ab im Hause der Bühnengenossenschaft (Reichstr. 11) sowie bei den Vertheilmöhlen.

Colte Prehel zeigt im Kunstgaleriehaus Friedmann u. Weber ab Sonntag, den 22. d. M., eine Kollektion ihrer neuesten Wandtapeten. Reichart Maur zeigt am Totensonntag im Großen Schauspielhaus, während der Totengedächtnisfeier des Vereins der Freidenker u. a. des „Glaubensbekenntnis“ von Fr. K. W. W. W., Diktationen von Heine und Dehmel, und das politische Manifest „Der hingeschalteten Wölfer“ von Romain Rolland.

Thomas Manns Roman „Der Zauberberg“ ist (soeben bei S. Fischer, Berlin, erschienen).

Die Abwicklung des Kredits des Bankhauses E. von Stein wird seit geraumer Zeit, und zwar schon seit Monaten, betrieben. Eine Geschäftsverbindung der Preussischen Staatsbank mit Michael Holzmann hat niemals bestanden. Die die Angelegenheit Holzmann-Frtels mit der Kreditgewährung an die Stein-Bank in Verbindung gebracht werden kann, ist nicht erkennbar.

Die Erklärung läßt erkennen, daß die Staatsbank zu den Schiebern unmittelbar keine Verbindungen gepflegt hat. Doch ihnen das Geld mittelbar zugute gekommen ist, daß es sich ferner um auffallend hohe Summen handelte, für die offenbar nicht genügend Garantien zur Verfügung standen, diese Frage bleibt zunächst offen. Sie wird nur durch eine einwandfreie parlamentarische Untersuchung zu klären sein.

Eine weitere amtliche Mitteilung wendet sich gegen andere Einzelheiten:

In einer Berliner Zeitung wird behauptet, daß Michael Holzmann „gute Beziehungen“ mit dem Preussischen Finanzministerium gehabt und aus diesem Ministerium ein Schreiben erhalten habe, das ihm als „Freibrief“ für seinen künftigen Aufenthalt in Deutschland gebühre. Dieses Schreiben soll „von einem hohen Beamten des Preussischen Finanzministeriums“ gezeichnet sein.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst hierzu auf Grund authentischer Mitteilungen des Preussischen Finanzministeriums erklären kann, ist an dieser ganzen Darstellung kein wahres Wort. Michael Holzmann hat niemals in Beziehungen zum Preussischen Finanzministerium und auch nicht zur Preussischen Staatsbank gestanden, und es ist ihm auch niemals vom Preussischen Finanzministerium ein amtliches Schreiben gegeben worden, das dem Holzmann als Empfehlung und als Erlaubnis für seinen weiteren Aufenthalt in Deutschland hätte dienen können.

Die B. S.-Korrespondenz setzt inzwischen ihre Veröffentlichungen fort, die das Geschäftsgebaren des Kutischer drastisch beleuchten. Mit der rumänischen Regierung wurde ein Scheingeschäft abgeschlossen, um das Hannover Materiallager zur Kreditunterlage machen zu können. Verabredet war ein Preis von 18 Millionen Mark. Um nun das Geschäft zunächst zu machen, — die rumänische Regierung wollte das Lager nämlich nicht abnehmen —, erstattete man bei der Hannover Staatsanwaltschaft eine Anzeige, wonach das Lager Militärwaffen enthalte. Darauf erfolgte die Beschlagnahme des Lagers, die rumänische Regierung hatte einen Grund zum Rücktritt, Händler und Staatsbank waren in größter Verlegenheit. Es sind übrigens Bemühungen im Gange, das Konto Stein bei der Preussischen Staatsbank abzudecken, und es verleiht, daß ein Berliner Bankinstitut sich zu diesem Zweck mit größerem Kapital engagieren will.

Wie die Dinge auch im einzelnen liegen mögen, der Versuch, die Staatsbank zum alleinigen Prügelstrafen zu machen, muß doch zurückgewiesen werden. Wir verlangen auch bei ihr restlose Aufklärung des Tatbestandes. Worum es sich aber handelt und was schärfster gerichtlicher Klärung bedarf, das ist nicht der „Fall Staatsbank“, sondern die Schiebertransaktionen der Holzmann, die in einem Rechtsstaat überhaupt nicht möglich sein sollten. Aber die kapitalistische Wirtschaft fragt nicht danach, wie die großen Reichtümer zustande kommen. Um so mehr haben wir als Sozialisten darauf zu dringen, daß Licht in diese dunklen Affären gebracht wird und daß die Schuldigen ihre gerechte Strafe finden.

## Reichswahlliste 1.

Als Reichs-Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei ist die folgende Liste dem Reichswahlleiter eingereicht worden:

1. Hermann Müller, Berlin-Tempelhof.
2. Otto Weis, Friedrichshagen bei Berlin.
3. Kurt Eriksen, Berlin-Cöpenik.
4. Dr. Rudolf Hilferding, Berlin NW.
5. Marie Juchacz, Berlin-Cöpenik.
6. Dr. Paul Herß, Berlin-Charlottenburg.
7. Georg Schmidt, Berlin-Cöpenik.
8. Wilhelm Dillmann, Berlin-Steglitz.
9. Otto Landsberg, Berlin-Wilmersdorf.
10. Willy Steinkopf, Berlin NW.
11. Johanna Reiche, Hamburg.
12. Friedrich Stampfer, Berlin-Neutempelhof.
13. Konrad Ludwig, Berlin SO.
14. Antonie Pfäff, München.
15. Wilhelm Sollmann, Köln a. Rhein.
16. Heinrich Schulz, Berlin-Eichkamp.
17. Franz Scheffel, Berlin-Charlottenburg.
18. Louise Schroeder, Altona.
19. Erich Rohmann, Stuttgart.
20. Dr. Julius Moses, Berlin N.
21. Heinrich Hättmann, Frankfurt a. M.
22. Daniel Stücken, Berlin-Steglitz.
23. Dr. Richard Lohmann, Berlin S.
24. Adele Schreiber-Krieger, Berlin-Charlottenburg.
25. Fritz Müntzer, Berlin O.
26. Albert Falkenberg, Berlin-Friedenau.
27. Dr. Kurt Löwenstein, Neukölln.
28. Victor Schiff, Berlin SW.
29. H. Freymuth, Berlin-Charlottenburg.

## Trauerfeier für Ludo Hartmann.

Am Plenarhof des ehemaligen Herrenhauses wurde am gestrigen Donnerstag das Andenken des nun verstorbenen ersten Gesandten der Republik Deutschschlesien in Berlin, unseres Genossen Ludo Hartmann gefeiert. Auf Einladung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes hatte sich die Trauergemeinde zusammengefunden, Männer und Frauen, Reichsdeutsche und Oesterreicher, Träger bekannter Namen und schlichte Leute, Vertreter deutscher Reichszentralbehörden, Parteiführer der Linken und das Gesamtpersonal der Gesandtschaft, an deren Spitze früher Hartmann gestanden hatte.

Egreifend klang der Eröffnungsgesang, den der Arbeitergesangsverein „Kamenz“ mit oft bewundener Meisterschaft sang. Dann rief Hermann Kienzl, des Volksbundes Vorkämpfer neben Paul Hoffe, dem Dahingegangenen Worte des Schmerzes um seinen Verlust des Stolzes auf seinen Wert und des Dankes für die Arbeit nach, die Hartmann der großdeutschen Sache gewidmet war. Nach im Scheiden von Berlin hat Hartmann die Ansehlichkeit des Vortrags gebracht, indem er bei der Abschiedsfeier zu seinen Ehren, wo ihn Vertreter fast aller Parteien feierten, Führer aller Parteien zu Mitarbeit im Volksbund veranlaßte.

Genosse Friedrich Stampfer würdigte den Kamen, begreifend, unbedingt rechtlichen und stets dem Schönen und Edlen zugewandten Menschen Ludo Hartmann, um dann seinen politischen Werdegang zu schildern: Der Vater erst Mitglied der Linken in der 1848er Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., dann von der Reaktion verbannt und geheimer Flüchtling — der Sohn nach Jahren wissenschaftlicher Arbeit, der der Habsburgerstaat bis zur Anerkennung vorenthielt, Sozialist und Volksbildner, und dann Mi-

berater am Verfassungswerk der Nationalversammlung zu Weimar. Da wollte der großdeutsche Traum seiner Kindheit Wahrheit werden, auf Ludo Hartmanns Rat wurde beschlossen, die Farben von 1848 zum Symbol des neuen Deutschen Reiches der Einheit und Freiheit zu nehmen. Dem roher Machtpruch der Sieger auch Deutschschlesien äußerlich von uns trennte — der Geist wird dieses Ziel nicht verlassen. Uns bleibt der erste Wille, in Hartmanns Geist zu leben und zu kämpfen für die geistige, politische und soziale Freiheit des deutschen Volkes, für ein einiges und freies deutsches Vaterland!

Eine kurze Pause stillen Gedankens, dann beschloß „Ein Sohn des Volkes“, die alte, rührend schlichte Weise, die Trauerstunde.

## Hausfuchung bei den Deutschnationalen.

Sie beschunnen die Fahne der Republik.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet:

Nachdem erst kürzlich das Berliner Polizeipräsidium eine deutschnationale Wahlproklamation „Für wen?“ beschlagnahmt hatte und der Oberreichsanwalt der Beschlagnahme beigetreten ist, mußte am Donnerstag die Beschlagnahme eines deutschnationalen Wahlplakats erfolgen. In den Straßen Berlins wurde ein Plakat verbreitet, auf dem ein Fahnenmast mit der schwarzweißen Fahne aufgezogen ist, während die schwarzrotden Flagge am Boden liegt. Um den Mast schart sich eine Anzahl Personen. Als Unterschrift trägt das Plakat die Worte: „Nieder mit der Internationale!“ In der Anwendung dieser Unterschrift mit der herabsehenden Darstellung der schwarzrotden Flagge wird eine Handlung erblickt, auf die die Vorschriften des § 8 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik Anwendung finden müssen. Aus diesem Grunde wurde in den Räumen der Deutschnationalen Volkspartei Hausfuchung nach dem Plakat gehalten. Die Mitteilung eines Berliner Spätabendblattes, daß die Beschlagnahme auf Anordnung des Ministers Severing erfolgt sei, trifft nicht zu, da Minister Severing jetzt nicht in Berlin weilt.

## Der ostpreussische Bankskandal.

Unverantwortliche Haltung des Untersuchungskommissars Amtlich wird gemeldet:

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen v. Brünne, zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landesbank Ostpreußen, veröffentlicht in den Königsberger Blättern eine sinngemäße Wiedergabe von Teilen des Berichts, den der vom Minister Severing nach Königsberg zur technischen Untersuchung der gegen leitende Mitglieder der Landesbank in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe erstattete Kommissar, Direktor Bergmann vor der Preussischen Staatsbank dem Minister schriftlich erstattet hat. Es stellt sich heraus — und darauf stehen schon vorher Andeutungen Königsberger Blätter schließen —, daß Herr Direktor Bergmann sich nicht darauf beschränkt hat, seinen Bericht dem Minister zu unterbreiten, sondern daß er auch dem Verwaltungsvorsitzenden, der von den veröffentlichten Angriffen nicht unberührt geblieben ist, Mitteilungen über das Ergebnis gemacht hat. Noch mehr: Diese Mitteilungen konzentrierten sich nicht etwa auf die Bemerkung, daß das Ergebnis günstig oder ungünstig sei, sie gingen vielmehr ins einzelne, so daß Herr v. Brünne in seiner Presseveröffentlichung einzelne Vorwürfe der Presse und die Ermittlungen und Werturteile des Kommissars einander gegenüberstellen konnte. Herr v. Brünne hatte, wie er selber mitteilte, über das, was Direktor Bergmann ihm mündlich anvertraute, sofort eine Niederschrift anfertigen lassen, deren Richtigkeit ihm von Herrn Direktor Bergmann bescheinigt wurde. Dieses Vorgehen des vom Minister Severing dienstlich entsandten Vertrauensmannes entspricht in keiner Weise den Pflichten eines in besonderen Auftrage eines Ministers entsandten Beamten.

Daß Herr v. Brünne als Vorsitzender des Verwaltungsrats der angegriffenen Landesbank die Veröffentlichung vorgenommen hat, ist begreiflich, wenn auch nicht empfehlenswert, daß er es als Landeshauptmann getan hat, weniger begreiflich, denn der Landeshauptmann mußte und mußte wissen, daß der Minister den Oberpräsidenten von Ostpreußen mit einer weiteren Untersuchung insbesondere auch über das Konto „Hans Fischer“ beauftragt hat. Die Untersuchung ist also noch garnicht abgeschlossen; und aus den amtlichen Mitteilungen war indirekt zu erkennen, daß der Bericht des Direktors Bergmann zum mindesten der Ergänzung bedurfte. Der Bericht schien dem Minister des Innern nicht genügend substantiiert, schien außerdem Werturteile zu enthalten, die näherer Prüfung nicht standhielten und auch nicht zum Auftragskreis des Direktors Bergmann gehörten. Darüber wurde bisher selbstverständlich geschwiegen, es ist jetzt aber nötig, dies auszusprechen, nachdem die andere Seite in so ungewöhnlicher Weise vorgegangen ist.

Der Öffentlichkeit gegenüber, in der durch den unzulässigen Eingriff des Landeshauptmanns Brünne in das schwebende Verfahren der Eindruck einer abgeschlossenen und zugunsten der Bank ausgefallenen Untersuchung erweckt werden sollte, ist zu betonen, daß die Untersuchung weitergeht und daß über ihr Ergebnis amtlich berichtet werden wird.

Herr Bergmann ist Direktor der staatlichen „Seehandlung“ und war als solcher ohne Frage die geeignete Persönlichkeit, den Skandal an der Landesbank Ostpreußen zu untersuchen. Aus der amtlichen Veröffentlichung geht aber deutlich hervor, daß dieser Staatsbeamte, der vom alten Regime übernommen wurde, das ihm entgegengebrachte Vertrauen getäuscht hat. Ob es sich hierbei um Unfähigkeit oder Böswilligkeit handelt, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Fest steht zunächst einmal, daß Herr Bergmann als Untersuchungskommissar unverantwortlich gehandelt hat, indem er in einem noch nicht abgeschlossenen Verfahren sein Gutachten dem Landeshauptmann von Ostpreußen, der zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landesbank, der unter Anklage stehenden Partei ist, aushändigte, der es dann sofort zu einer öffentlichen Beeinflussung mißbrauchte. Es gewinnt aber auch den Anschein, daß das Gutachten Bergmanns merkwürdig milde ausgefallen ist. Danach erhebt sich die Frage, ob der Landeshauptmann und Direktor Bergmann unter einer Decke gesteckt haben, um einen deutschnationalen Skandal von größtem Ausmaß zu verhindern.

Jedenfalls ist zu fordern, daß gegen den Landeshauptmann und gegen den Direktor ein Disziplinarverfahren eingeleitet, und daß dieses von der deutschnationalen Kliquenwirtschaft nicht beeinflusst wird.

## Kamels erstes Auftreten.

Wien, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an die recht leere Programmreihe des Bundeskanzlers Kamel im Nationalrat erklärte Abgeordneter Genosse Dr. Kerner: Als erste Forderung an die neue Regierung erheben die Sozialdemokraten die, daß die Kamel wieder republikanisch werden müsse. Ferner verlangen sie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und schließlich pünktliche Durchführung der Altersversicherung.

# Das Wahlprogramm der Industriellen

## Wie sie sich den Preisabbau denken.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Hauptauschüsse über die Fragen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik beraten. Das Ergebnis, zu dem sie kamen, haben sie in einer Kundgebung der Deutschen Industrie unter dem Titel

Preis und Lohn

festgelegt.

Zunächst wird auf die Kriegsfolgen als „Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Not des deutschen Volkes“ hingewiesen, als „Gründe für den Druck auf unsere Lebenshaltung“. (Das „unsere“ bedarf der Zergliederung.)

„Diese Ursachen wurden vermehrt durch eine fortschreitende Wirtschaftskrise als Folge falscher Innenpolitik.“

Die Steuergesetzgebung sei fehlerhaft, die Höhe der Verkehrsteuern bedeute eine schwere Belastung für alle Kreise der Bevölkerung, unterbinde den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und verhindere eine merkbare Senkung der heute zum Teil noch über den Weltmarktpreisen liegenden Warenpreise.

Die jüngsten Steuerminderungen hätten „die im Reichsverband der deutschen Industrie zusammengefassten weiten Kreise der Wirtschaft tief enttäuscht. Die Industrie erwarte eine viel umfangreichere Steuerreform. Die Steuerfrage — für die Wirtschaft — mühen viel mehr ermäßigt, die Steuergesetze und die Finanzverwaltung wesentlich vereinfacht, die Steuerentlastungen vom Dezember 1923 baldmöglichst beseitigt werden. Im einzelnen wird gefordert:

Die Umsatzsteuer muß noch viel mehr ermäßigt, der Export begünstigt werden; die Luxussteuer und ähnliche Steuerarten, wie z. B. die Anzeigensteuer und dergleichen müssen noch viel mehr abgebaut werden.

Die Einkommen- und Körperschaftsteuer muß nach Ablauf des Jahres 1924 richtig veranlagt werden. Vorauszahlungen dürfen nicht mehr in der bisherigen Art erhoben werden, die Vermögenssteuer müsse nach ganz anderen Bewertungsgrundlagen gestaltet werden.

Die Gemeindesteuern sind unter allen Umständen zu ermäßigen. Der Finanzausgleich zwischen Reich, Staat und Gemeinden bedarf einer gründlichen Überarbeitung.

Bei den Eisenbahngütertarifen ist eine alsbaldige weitere Ermäßigung um mindestens 15 Proz. dringend erforderlich.

Die Erfüllung dieser Forderungen sei eine der ersten Voraussetzungen für die Preisentlastung.

Ein Preisabbau sei notwendig durch Verbilligung von Produktion und Verteilung müsse der Export gefördert werden. Die deutsche Unternehmerschaft erkenne an, daß die Neubildung des Betriebskapitals nicht auf dem Wege starrer Festhaltens des derzeitigen Preisstandes zu versuchen sei.

Doch selbst dann, wenn alle Steuern schnell und weitgehend herabgesetzt würden, müsse ein Versuch, die Preise herabzusetzen, ergebnislos bleiben, wenn etwa versucht würde, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen.

Durch schematische Verkürzung der Arbeitszeit oder auch durch „am die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“ (d. h. die Wünsche der Unternehmer) verkenntes Hinantrieb der Löhne, müsse die Produktion veräuert werden.

Alle bei der Produktion mitwirkenden Kräfte müssen fest entschlossen sein zur

höchsten technischen und persönlichen Mehrleistung. (Bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen?) Die Herbeiführung erträglicher Preisverhältnisse sei nicht möglich und die Erfüllung der

von Deutschland übernommenen Verpflichtungen unmöglich, wenn die Arbeitsleistung hinter der Vorkriegszeit zurückbleibe.

„Deshalb kann auch internationalen Bindungen nicht zugestimmt werden, wenn dadurch die Beibehaltung der Vorkriegsarbeitszeit unmöglich gemacht und obendrein eine internationale Kontrolle der deutschen Arbeitsverhältnisse zugelassen würde.“

„Wenn sich Unternehmer und Arbeiter, Regierung und Volk in diesen Gedanken zusammenfinden“ — d. h. wenn die Industrie möglichst von Steuern befreit wird, wenn die Eisenbahnfrachttarife noch weiter herabgesetzt werden, der Export (durch Schutzzölle?) begünstigt wird — die „soziale Belastung“ soll wohl erst später abgebaut werden? — wenn die Arbeiter trotz Löhnen, die wesentlich niedriger sind als in der Vorkriegszeit, die Leistungen der Vorkriegszeit erreichen, wenn die Vorkriegsarbeitszeit beibehalten, wenn das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert wird —

„dann wird sich auch eine (wen?) befriedigende Lösung der Lohnfrage erreichen lassen.“

Wenn die „übrigen“ Produktionskosten verbilligt werden, wenn daraufhin die Preise verbilligt werden, dann erhöht sich der Realwert der Löhne ganz von selber, ganz automatisch. Die Lohnfrage wäre damit gelöst, die Unternehmer könnten billig produzieren und den Weltmarkt erobern.

„Ein Hinoutreiben des Lohnniveaus dagegen würde mit weiterer Verteuerung der deutschen Produktion die Wirtschaftskrise nur verschärfen.“

Der deutschen Arbeitnehmerschaft kann es nur erwünscht sein, wenn durch einen gründlichen Abbau der vielfach willkürlich hochgeschraubten Preise die Löhne und Gehälter eine stärkere Kaufkraft bekämen und zu einem gewissen, nicht allzu färglichen Existenzminimum ausreichen. Da ergibt sich zunächst die Frage, wie sonst die notwendigen Steuern aufgebracht werden sollen, wenn sie die Industrie von sich abschüteln will. Etwas auf dem Wege starker indirekter Besteuerung der Lebensmittel der großen Masse? Oder wie sonst? Darüber wäre Klarheit zu schaffen.

Was die „schematische“ Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so läßt es sich doch nur darum handeln, die schematische Verlängerung auf 10 bis 12 Stunden wieder rückgängig zu machen. Sollen die Vorkriegszeitverhältnisse wieder eingeführt werden, dann müßte zuerst das Dreischichtensystem überall dort wieder eingeführt werden, wo es vordem bestanden hat.

Höchste persönliche Mehrleistung ohne „Hinantrieb der Löhne“ ist etwas viel verlangt. Unzulängliche Löhne bedeuten mangelhafte Ernährung, Nahrungsmittel- und Familienhygiene, was der vollen Hingabe an die Arbeit hinderlich ist. Die menschliche Maschine denkt auch bei der Arbeit, und wenn es nur unerfreuliche Dinge sind, an die sie denken muß, wird sie mißgestimmt, die Arbeitsfreudigkeit beeinträchtigt.

Wie lange aber müßten wir mit den heutigen Löhnen auf den Preisabbau warten?

Wir sehen in dem Vorschlag der Industriellen zur Güte keine Lösung. Ob unsere Kaufkraft durch hohe direkte und indirekte Steuern oder durch hohe Preise geschwächt ist, die Wirkung ist die gleiche. Die Löhne müssen schon — so oder so — zur Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft ausreichen, da sonst die Leistung zurückbleiben müßte. Auf den Achtstundentag können wir uns nicht verlassen.

Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, der Preis ist zu hoch, den die Unternehmer für eine eventuelle Erhöhung der Kaufkraft unserer Löhne fordern. Wir werden daher auf diese Kundgebung

am 7. Dezember die Antwort geben.

## Die Lohnverhandlungen im Bergbau.

Die entscheidenden Lohnverhandlungen im Bergbau werden diesmal nicht zentral, sondern getrennt geführt werden. Am kommenden Montag beginnen die Verhandlungen für Mitteldeutschland im Reichsarbeitsministerium. Die Verhandlungen für Westfalen werden in der nächsten Woche in Dortmund oder Essen geführt und ebenso sind noch verschiedene getrennte Verhandlungen für die kleineren Bezirke vorgesehen. Für Oberschlesien sind Lohnverhandlungen noch nicht angefangen, obwohl dort die beiden Parteien bereits Fühlung genommen haben.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau werden diesmal mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es rächt sich jetzt, daß die Preisentlastungen für Kohle und Fracht keine Auswirkung bei der weiterverarbeitenden Industrie gehabt haben. Hört man die Presse der Schwerindustrie, dann könnte man glauben, daß die Bergleute nicht einen Pfennig Lohn-erhöhung bekommen werden. Steinkohlenbergbau wie Braunkohlenbergbau erklären, Lohn-erhöhung bedeute Preiserhöhung. Ueberall hinweg auf die scharfe Abfahrtskurve.

Daß es dem Bergbau nicht glänzend geht, ist bekannt. Ebenso bekannt ist aber, daß die Bergarbeiterlöhne alles, nur nicht glänzend sind. Bei den Verhandlungen wird sich zeigen, ob wirklich eine Lohn-erhöhung ohne Preiserhöhung nicht möglich ist. Wenn es tatsächlich so sein sollte — der Bergarbeiter hat die Preisentlastungen der Reichsregierung nicht abottert. Im übrigen steht das Reichsarbeitsministerium einverstanden auf dem Standpunkt, der auch am Donnerstag bei einem Vortrag vor der Berliner Presse durch einen Vertreter des Ministeriums hervorgehoben wurde, daß das Sinken des Reallohns breiter Bevölkerungsschichten — also doch auch wohl der Bergarbeiter — nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen bekämpft werden muß, weil sinkender Reallohn sinkende Kaufkraft bedeutet.

## Erklärung der Bergarbeiterverbände.

Bohum, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiterverbände veröffentlichen folgende Erklärung:

Die vier Bergarbeiterverbände haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung am 20. November nochmals zu den schwelenden Lohnverhandlungen im Bergbau Stellung genommen. Es wurde festgestellt, daß die ablehnende Haltung der Arbeitgeber in der Lohnfrage eine starke Beunruhigung und auch Erbitterung in der Bergarbeiterschaft hervorgerufen hat. Die Löhne stehen in einem viel zu niedrigen Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Die Erklärung der Arbeitgeber, einen Schiedsspruch, der eine Lohn-erhöhung vorsieht, nicht anzunehmen, muß geradezu als Provokation empfunden werden.

Die falsche Ansicht der Unternehmerpresse, als sei die Lohnbewegung aus wirtschaftlichen Gründen eingeleitet, wozu die Bergarbeiter mit aller Entschiedenheit zurück. Eine derartige Behauptung ist unwar. Schon am 3. Oktober fand eine Besprechung der Bergarbeiterverbände über die Lohnfrage im Bergbau statt, worüber die Öffentlichkeit und auch die Reichsregierung eingehend unterrichtet wurden. Die damals erhoffte Hebung des Reallohnes durch die Aktion der Reichsregierung trat im Laufe des Monats Oktober nicht ein. Infolgedessen wurde in einer Sitzung am 20. Oktober die Kündigung der Lohnverträge beschlossen und in den einzelnen Bezirken entsprechende Lohnforderungen eingereicht. Einwandfrei geht aus den bisherigen Darlegungen hervor, daß die Lohnbewegung im deutschen Bergbau schon eingeleitet war, ehe der Reichstag aufgelöst wurde. Die Bergarbeiterorganisationen werden unbeeinträchtigt um die Angriffe und das Verhalten der Arbeitgeber in der Lohnfrage darauf bestehen, daß unter allen Umständen für die in den letzten Monaten eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltungskosten eine entsprechende Erhöhung gegeben wird.

## Arbeitskämpfe im Saargebiet.

Saarbrücken, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Saargebiet sind 1800 Bauarbeiter und Zimmerer ausgesperrt worden, nachdem durch Schiedsgericht eine 10prozentige Lohn-erhöhung festgesetzt worden war. Die französische Bergwerksdirektion hat sich geweigert, den auf sie entfallenden Anteil der Lohn-erhöhungen zu tragen. Eine Vermittlungsaktion der Regierung ist bisher erfolglos geblieben. Außerdem streifen die Bauarbeiter der drei größten französischen Baufirmen des Saargebiets, die sich ebenfalls geweigert haben, die Lohn-erhöhung anzuerkennen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Haltung der französischen Bergwerksdirektion eine Hilfsstellung für die französischen Unternehmer gegen ihre deutsche Konkurrenz bedeutet.

## Der Rückmarsch der Kommunisten.

Bohum, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) In Bohum fand die Generalversammlung des Verwaltungsbezirks Bohum des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, die sich u. a. mit der Wahl der Ortsverwaltung zu beschäftigen hatte. Die Wahl endete mit einem Sieg der Arbeiter-amer Richtung, für die 405 Stimmen abgegeben wurden, während die Kommunisten 161 Stimmen erhielten. Bei der Wahl am 8. Juni hatten die Kommunisten noch mit einer Mehrheit von drei Stimmen gestiftet. Der doch rechtliche Ausgang der Wahl läßt darauf schließen, daß die Kommunisten auch hier gründlich abgewirkt haben.

Köln, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Morgen, Donnerstag, abend 7 Uhr in den Zentralbetriebsämtern. Alle Arbeiter, 20. Versammlung aller in den B.D.B. - Buchbindereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Tagesordnung: Stellungnahme zu den letzten Lohnverhandlungen. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen. Die Verhandlung. Köln, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend 7 Uhr in dem Gewerkschaftshaus, großer Saal, unsere allgemeine Betriebsversammlung. Erhalten aller Mitarbeiter in Mitleidenschaft. Tagesordnung: Stellungnahme zu den letzten Lohnverhandlungen. Die Verhandlung. Köln, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend 7 Uhr in dem Gewerkschaftshaus, großer Saal, unsere allgemeine Betriebsversammlung. Erhalten aller Mitarbeiter in Mitleidenschaft. Tagesordnung: Stellungnahme zu den letzten Lohnverhandlungen. Die Verhandlung. Köln, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend 7 Uhr in dem Gewerkschaftshaus, großer Saal, unsere allgemeine Betriebsversammlung. Erhalten aller Mitarbeiter in Mitleidenschaft. Tagesordnung: Stellungnahme zu den letzten Lohnverhandlungen. Die Verhandlung.

Beantwortung für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Erbus Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Fr. John; Schlußwort: Volles und Sonntags; Zeit: Karstadt; Anzeigen: Th. Glade; Anstalt in Berlin. Verlag: Sozialistische Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Sozialistischer Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Stern 2 Beilage.

## Die neuen Befoldungssätze der Beamten.

Die Verhandlungen, die Donnerstag nachmittag im Reichsfinanzministerium in Gegenwart der Landesvertreter mit den Spitzenorganisationen der Beamten gepflogen wurden, haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Grundgehälter werden in den Gruppen I—VI um 12 1/2 Prozent, in den darüber liegenden Gruppen um 10 Prozent erhöht. Der Frauen- und Kinderzuschlag wird um je 2 Mark erhöht. Jahrlöhne für die Dezemberbezüge nach dem alten Stand ist der 28. November. Die Nachzahlungen sollen sobald wie möglich erfolgen.

## Zur Aussperrung im Siemens-Konzern.

Wie wir hören, finden heute Verhandlungen zwischen den Parteien unter Hinzuziehung des Schlichtungsausschusses zwecks Beilegung des Konfliktes im Dynamowerk statt.

## Lohnkampf der Buchbinder.

Gestern abend nahm eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der in den reinen Buchbindereien Berlins beschäftigten Arbeiterschaft in den Zentralbetriebsämtern Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen. In dieser Versammlung, die auch von Mitgliedern der sogenannten oppositionellen Organisation besucht war, berichtete Herzog von der Brandenburger Leitung des alten Verbandes. Der Redner gab noch einmal einen Überblick über die im Laufe des Jahres geführten Lohnverhandlungen, die zeitweilig sehr unter der unünftigen Konjunktur zu leiden hatten, die von den Unternehmern stets zu ihren Gunsten ausgenutzt wurde. Besonders ungünstig wirkte sich die Zeit der schlechten Beschäftigung in Leipzig aus. Der Manteltarif konnte nur zum Abschluß gebracht werden, weil die Organisation sonst auch eine Verlängerung des Akkordtarifs abgelehnt hätte. Mit dem Einsetzen einer besseren Konjunktur habe man berechtigterweise verlangen müssen, den arg ins Hintertreffen

geratenen Lohn der Buchbinder dem der Buchdrucker wieder anzuschließen. Diesem Bestreben sei bei allen Verhandlungen von den Unternehmern der schärfste Widerstand entgegengekehrt worden. Im Verlauf der letzten Lohnverhandlungen sind von den Unternehmern Vorschläge von 70 und 74 Bt. und als äußerstes Angebot 75 Bt. Spitzenstundenlohn gemacht worden. Diese Angebote müßten von der Organisation als ungenügend abgelehnt werden, zumal die darin angebotenen Löhne weit hinter dem vor einiger Zeit durch Schiedsgericht bewilligten Lohn der Buchdrucker zurückblieben. Eine Funktionärerversammlung, die sich bereits mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen befaßte, kam zu dem Beschluß, in der Frage der Lohnregelung mit dem oppositionellen Verband gemeinsam vorzugehen, weil es sich hier um gemeinsame wirtschaftliche Interessen handle. Herzog betonte zum Schluß, daß man die Hartnäckigkeit der Unternehmer nur brechen könne, wenn man in diesem Augenblick alle Meinungsverschiedenheiten zurückstelle und einmütig zusammenstehe.

Ezerning vom oppositionellen Verband sprach sich ebenfalls für gemeinsames Vorgehen aus, forderte aber noch stärkere Maßnahmen, als sie von Herzog angeführt worden waren. In gleichem Sinne sprach Galle.

Nach weiterer ausgiebiger Diskussion, in welcher das Verhalten der Unternehmer von allen Rednern scharf kritisiert wurde, fand die nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die heute versammelte geeinte Arbeiterschaft der B.D.B. Betriebe nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den ungenügenden Zugeständnissen der Unternehmer bei den letzten Verhandlungen. Sie beauftragt die Organisationsleitung, unter dem Lohnsatz der Buchdrucker nicht abzuschließen. Die Betriebsfunktionäre werden gleichzeitig beauftragt, den Unternehmern die gleichen Forderungen zu stellen und von den Unternehmern endgültige Entscheidung bis Sonnabend mittag zu verlangen. Bis zur Bewilligung ist mit sofortiger Wirkung jede Ueberzeitarbeit über acht Stunden zu verweigern.“

Sonntag, vormittag 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Versammlung statt, in welcher endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

# Wähle Voxhaus!

## Dann urteile!

### Eine Qualitäts-Zigarette für zwei Pfennige

# Begegnung den Schulfortschritt.

## Die Rechte der Stadtverordnetenversammlung lehnt die Lebensgemeinschaftsschule ab.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat wieder Frieden. In der vorigen Sitzung liefen die Parteien der Rechten müde davon, weil Genosse Dr. Wehl von dem „schamlosen Rechtsbruch“ des Paulsen-Abbaues gesprochen hatte. Daß die Backpfeife ein bißchen heftig war, wurde ihnen gestern durch eine Ordnungsruf bescheinigt, den der Vorsteher Genosse Haß dem Genossen Wehl nachträglich erteilte. Diese Formität befriedigte die gekränkten Paulsen-Freunde, und sie verzichteten auf weitere Obstruktion. Zu der Sache, bei der jener Zusammenstoß sich ereignet hatte, der sozialdemokratischen Anfrage wegen der Stellenschiebung Benedek-Helmke, nahm dann von der rechten Seite niemand mehr das Wort. Man hielt es da drüben wohl für das sicherste, die Debatte nicht nochmals zu eröffnen, da viel Vorbeeren für die Rechte dabei nicht zu holen waren. Aber dafür hatten die Schulrationalisten nachher in der Abstimmung über Paulsens Lebensgemeinschaftsschule die Genugtuung, daß sie hier Sieger blieben. Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien (einschließlich Demokraten) wurde gegen die Stimmen der Linken diese für die Weiterentwicklung unseres Schulwesens dringend notwendige Schulreform verworfen. Diesen Sieg der Beschränktheit feierten die Beute des Pastors Koch mit begeisterten Bravo.

Der gestrigen ordentlichen Donnerstags-Sitzung lag ein ungewöhnlich umfangreiches Besum zur Bewältigung ob, das sich durch das Aufsteigen der Vorleser und den Ausfall der letzten Sitzung angehäuft hatte. Nachdem der Zwischenfall, der zum vorzeitigen Ende der Sitzung vom 6. November führte, damit seine Erledigung gefunden hatte, daß der Vorsteher, Gen. Haß, zugab, daß in der Aeußerung des Gen. Dr. Wehl, keine Person erblicke in dem Abbau Paulsens einen schamlosen Rechtsbruch, eine Verletzung von Mitgliedern der Versammlung gefunden werden könne, und ihnen von der Rechten verlangten Ordnungsruf erteilt hatte, genehmigte die Versammlung zunächst die Inangriffnahme der Errichtung des Kühl- und Gefrierhauses bei der Fleischgroßmarkthalle und stellte dafür einen Betrag bis zu 700000 Mark zur Verfügung, erklärte sich auch mit der Hergabe von 500000 Mark in Form kurzfristiger Darlehen zur Förderung landwirtschaftlicher Meliorationen in der Umgebung von Berlin einverstanden. — Der Dringlichkeitsantrag unserer Genossen, betr. den Streit des Hochbahnpersonals war als inzwischen gegenstandslos geworden zurückgezogen und kam nicht zur Verhandlung. — In dem Ausschusse der Berliner Flughafen-G. m. b. H., der aus zwölf Personen bestehen soll, wird die Versammlung durch 5 Stadtverordnete vertreten sein. — Ueber den zwischen dem Reichsverband der Automobilindustrie und der gemeinnützigen Berliner Messe-Aufbau-G. m. b. H. wegen Ueberlassung der zwei

### Automobilausstellungshallen

zu Messezwecken abgeschlossenen Vertrag erstattete den Ausschussbericht Gen. Haß. Der Ausschuss hat sich mit allen gegen 3 Stimmen grundsätzlich für die Unterstüßung der Messe-G. m. b. H. ausgesprochen und das Darlehen von einer Million, Godmarkt an den genannten Reichsverband bewilligt. Er hat ferner an dem Vertrage, obwohl dieser eigentlich längst in Kraft ist, noch Änderungen beschlossen; insbes. andere soll verläßt werden, die Vergütung für die Hallenbenutzung von 33% Prozent auf 25 Prozent der Einnahmen aus Standmieten und Reklame herabzudrücken und zu diesem Zwecke neue Verhandlungen zu pflegen. Eine Reihe von Veränderungen ist an dem Gesellschaftsstatut vorgenommen worden. Den Bedenken der Wirtschaftspartei wird infolgedessen von der Ausschussmehrheit Rechnung getragen, als die Zustimmung mit der Wöhgabe erfolgen soll, daß die Abhaltung von Messen in diesem Hause in keiner Weise einträchtig wird. Die Notwendigkeit der Schaffung des Betriebsbüros zur Unterstützung der Messe wird anerkannt. — In der Aussprache machte nur die Wirtschaftspartei durch Verschlechte noch

Bedenken geltend. Gen. Büblig schilderte anschaulich den Kampf der Interessenten, der bei der Beratung in die Erscheinung getreten war, und empfahl die Ausschussbeschlüsse, die auch von Dethleffen (Dnat.) und Schwarz (DWP.) akzeptiert und von der Versammlung mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben wurden. — In der Fortsetzung der Besprechung der Anfrage unserer Genossen betreffend den Fall Benedek-Helmke erfolgte eine Wortmeldung nicht mehr. Die Angelegenheit war damit für jetzt erledigt. — Auf eine betrügerische Anfrage der Demokraten gab Stadtrat Benedek die Erklärung ab, daß der Magistrat bei den zuständigen Stellen um eine Veränderung des Befoldungsperzentages dahin vorstellig geworden ist, daß den Beamten und Lehrern Vierteljahrgehälter ausbezahlt werden können. Eine Antwort darüber er noch nicht erhalten.

Am 28. Oktober haben unsere Genossen den Magistrat gefragt, was der Magistrat zu tun gedenke mit dem Erlass des Reichsministeriums vom 12. September d. J. zu entsprechen. Dieser Erlass weist die Gemeinden auf die Möglichkeit hin, auf Grund des Reichsheimstättengesetzes und des dazu ergangenen preussischen Ausführungsgesetzes durch Ortsabstimmung

### Landflächen zu Heimstättengebieten

zu erklären. Gen. Wendt nahm sich in seiner Begründung der Anfrage sehr warm der Laubentkolonisten und Kleingärtner an. Zurzeit fassen 170 000 Laubentkolonisten und Kleingärtner auf baureifem Boden oder fast baureifem Boden, die endlich Gewisheit darüber erhalten müßten, ob sie ihr Gelände bebauen dürfen oder ob es ihnen bei der fortschreitenden Bebauung verloren gehen soll. Der Redner gab in großen Zügen ein Bild der Entwicklung der Kleingartenbewegung, die in Sachsen der Initiative des Leipziger Arztes Dr. Schreiber ihren Ursprung verdankend, immer größere Ausdehnung gewonnen habe und für die Volkshygiene von größtem Wert sei. In Zukunft müßten schon bei der Feststellung der Bebauungspläne Freilflächen für den Zweck der Schaffung solcher Erholungsheime ausgewiesen werden, natürlich in möglichst schnell erreichbarer Nähe der Innenstadt. Hoffentlich beschleunige der Magistrat die von ihm erbetene Vorlage. — Da der Deserent, Stadtrat Bühl, erkrankt ist, mußte der Gegenstand vertagt werden.

Auf die Anfrage unserer Genossen betreffend die Einstellung von Personal durch den Pächter des Rathskellers teilte Stadtrat Brühl mit, daß der Rathskeller in Zukunft sich an die geltenden Bestimmungen für den Arbeitsnachweis zu halten versprochen hat. — In die Deputation für Fortrennen wurden durch Ertenswohl 9 Mitglieder entsandt; auf die Liste unserer Genossen entfielen 4, auf die verbundene Liste der Bürgerlichen 5 Mitglieder, die Kommunisten fielen aus.

### Keine Lebensgemeinschaftsschule.

Mit 100 gegen 91 Stimmen lehnte die Versammlung die Umwandlung der 308. Gemeindeschule in eine Lebensgemeinschaftsschule ab. — Zu den 3 Konzerten, die die Kunstdeputation im Winter im Festsaal des Rathhauses veranstalten will, sollen nach einem Antrage der Kommunisten, der eine Mehrheit fand, an Erwerbstlose und Sozialrentner Freikarten ausgeben werden. — Der Antrag der Deutschnationalen wegen Unterstüßung der durch das Hochwasser des Rheins und Main geschädigten Land eine große Mehrheit. — In dem Ortsrat für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht wurde in dritter Beratung der Antrag unserer Genossen, die Wahlperiode der hiesigen Beisitzer bis Ende 1925 auszudehnen, angenommen; dafür stimmten auch Zentrum und Demokraten. Der Gewährung eines Darlehens von 150 000 M. an den Verein „Hoffnungstal G. V.“ wurde zugestimmt, auch der Gründung der Berliner Milchverorgungs-G. m. b. H. nachträglich die Zustimmung erteilt und nach einem Antrage der Demokraten die Errichtung eines Stadions auf dem Spielplatz an der Schönhauser Allee beschleunigt. Fast sämtliche zur ersten Beratung stehenden Anträge wurden von der Tagesordnung abgesetzt und die Sitzung gegen 8 Uhr geschlossen.

## Vor Vollstreckung des Todesurteils.

Die folgenden beachtenswerten Ausführungen gehen uns von juristischer Seite an. Sie tronen zur Klärung vorerörterter und unmissverständlicher Beurteilung über das Wesen des Totschlagers bei.

Im Frühling dieses Jahres standen vor dem Erinnerungstgericht vier Hoffänger. Sie hatten den Tod des Schneiders verursacht. Drei von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Die Revision ist nun verworfen worden. Wird jetzt auch das eingereichte Gnadengesuch abschlägig beschieden, so müssen die Köpfe aller drei an einem Tage durch das Beil des Henkers fallen.

Wer waren die Täter? Zwei Gelegenheitsarbeiter, ein Arbeiterlofer und ein Schreiber — alle in den zwanziger Jahren. Teils vorbestraft wegen Diebstahls, Bettelerei, Landstreichertum; Hoffänger, die bald in Berlin, bald in anderen Städten herumzogen; Stammgäste des Café Dalles, des Wipps für Odbachlose, der Wärmehallen — eines Wisseus, in dem die Mikroben des Verbrechens am Menschen gehoren, des Großstadtsümpfes. — Wie geschah die Tat? Am Weihnachtsmorgen kamen sie, die Heimlosen, auf einen Hof in Charlottenburg, sangen ihre Lieder, appellierten an die weihnachtsfrohen Herzen der wohnwohnenden Bürger. Ein Herz tat sich weit auf, das eines Schneiders, er nahm sie in Empfang, bewirtete sie, bestellte sie für Tage und Nächte bei sich, sang mit ihnen, ergötzte sich am gemeinsamen Kartenspiel, ließ sie bei seinen Näharbeiten mithelfen. Sie aber bestohlen, ihm auszurauben, verabredeten sich noch mit zwei anderen Hoffängern, die in demselben Sumpf zu Hause waren, aus dem sie herkamen, diese gingen auf den Hof, wurden vom Allen eingeladen und durften auch bei ihm übernachten. Wollten sie den Tod des Alten? Die ersten beiden wußten, daß der Schneider Geld erwartete, und in seiner Nähstube gab es viel wertvolle Stoffe. Sie begannen schon abends die Ware in Kartontas zu packen. Als der Alte eingeschlafen war, suchten sie zuerst nach dem Hauschlüssel; als sie ihn nicht fanden, gingen sie hinauf, um zu sehen, ob die Haustür nicht zufällig offen stehe, und da sie sich keinen anderen Rat wußten, den Schlüssel aber beim Schlafenden vermuteten, warfen sie sich über ihn und erschloffen ihn. So wurden sie, unerwartet für sich, zu Mörder. Den Raubplan hatten sie überlegt, den Mordplan aber nicht — sonst hätten sie nicht nach dem Schlüssel gesucht.

Verbrechen sind wie soziale Geschwüre am sozialen Organismus der bürgerlichen Gesellschaft. Verbrechensquell, Kuschemmen, Nachtasie und Wärmehallen bilden den Nährboden für die Giftpflanzen, die Träger von Verbrechen. Die herrschende Gesellschaft schützt sich gegen diese ihre eigenen Opfer durch Gericht und Strafe, durch Polizei und Wächter. Spezielle Vorrichtungen hindern die Diebe, in die Läden und Häuser einzudringen; in die entlegenen Winkel der Großstadt, einzelner, ob New York oder London, Chicago oder Paris, San Francisco oder Berlin, begibt sich der honeste Bürger nur im äußersten Falle und auch dann nicht ohne Begleitung und mit Schutzwaffe versehen. Der mit Ringen und godnerer Uhr beladene Schieber wird sich nie allein in die Durchfahrt des Schlessischen Bahnhofs, in den Schlafraum des Wipps für Odbachlose, in das Café Dalles wagen. Tut er dies, führt er dessen Stammgäste, die durch die objektive Schuld seinesgleichen vom Nichtstun und fremdem Eigentum leben, in Versuchung, so nimmt er auch die Folgen seiner Dreistigkeit auf sich. Es tobt ein Kampf der ehrlichen Bürger gegen diejenigen, die die Gesellschaft selbst zu Verbrechern macht: wer sich unangewarnt in Gefahr begibt, unbewaffnet sich dem Feind ausliefert, der darf nicht verlangen, daß das ihm zugefügte Uebel an Leib und Eigentum dann von seinen Nächstern mit blutiger Sühne bebadet wird.

Der Getötete war ein guter Mensch, aber auch ein eigentümlicher Kauz, leichtgläubig und einfältig. Nicht umsonst war sein Kunde, der ihm 100 000 Mark bringen sollte, sehr erstaunt darüber, daß er in Gegenwart der sehr wenig vertrauenswürdigenden Gesellen über Geldangelegenheiten sprach; er warnte ihn, daß er eines Tages in geschlagene zu werden riskiere. Dieser Befehl hatte schon den richtigen Standpunkt: Führe nicht in Versuchung, sonst provozierst du das

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

„Siehst du denn nicht?“ fragte Joyce aufgeregt und zeigte auf die Ueberschrift. Da stand: „Historisches Schloß zu verkaufen.“ Holme Ottern zum Verkauf? Unmöglich! Ueber vierhundert Jahre war es im Besitz der Familie Bellairs gewesen, und in ihm lebte ein Teil der Geschichte des Landes. Seine Schönheit, seine Sagen, seine Spukgeschichten, ja sogar der Grund und Boden, auf dem es stand, war mit der Familie Bellairs verwachsen, die eine so bedeutende Rolle im Aufbau des Landes gespielt hatte. Wieviele stolze Namen, Soldaten, Hofherren, Staatsmänner, hatte diese Familie der Geschichte gegeben. Da hingen die Bilder, unter ihnen das von Joyce Bellairs, der schönen Urahne, der Joyce so ähnlich sah. Und wie hatte seine Frau dies herrliche Heim geliebt. Jeder Nerv in ihr gehörte der Heimat. In ihrem Stolz und ihrer Ueberzeugung war sie eine echte Bellairs von Ottern, dies schöne Wesen, das er, ein junger Offizier ohne „Ar und Halm“, hatte heiraten können, als im Kriege das stärkste Bollwerk englischen Lebens, der Kastengeist, zeitweise niedergebroschen war.

„Es wird ein Irrtum sein,“ tröstete er. Sie meinte so leidenschaftlich, daß es ihn schmerzte. Er schlang die Arme um sie und versuchte, sie zu beruhigen, aber sie schüttelte ihn ab und stürmte im Zimmer auf und ab wie ein jorniger Knabe. Der Jörn hatte ihre Tränen getrocknet. „Und das hat Vater tun können, ohne mir ein Wort zu sagen! Sogar Mutter hat nichts davon geschrieben! Es ist ein Verrat an der ganzen Familie, und ich erlaube es nicht!“ Bertram schwieg. Er erinnerte sich jetzt, daß ihm sein Schwiegervater einst gesagt hatte, Holme Ottern sauge ihm das Blut aus.

„Ob Alban wohl davon weiß?“ Als ältester Sohn hätte Alban seine Einwilligung zum Verkauf geben müssen.

„Ach, Alban, der ist ja so schwach. Vater wird ihn überreden haben. Aber ich fahre heute noch nach Hause und werde ihnen meine Meinung sagen.“

Sie klingelte und befahl dem Mädchen, ihre Sachen zu packen. „Ich fahre mit,“ sagte Bertram. Joyce glaubte nicht, daß das einen Zweck hätte. „Es ist eine Familiensache,“ war ihre kalte Antwort. Also gehörte er nicht dazu, war nur der unbedeutende Gatte einer

Gräfin Bellairs. Seine Stimme galt nichts im Familienrat. Er war nur ein Doutsider, geduldet als unselbige Resalliance, Joyces Irrtum. Joyce schien doch zu ahnen, was in ihm vorging, als er schweigend dastand mit glühendem Gesicht und innerlich über die ihm angelante Demütigung wütete.

„Ich möchte dich nämlich nicht in eine Familienzene hineinzerren,“ sagte sie milder hinzu. „Vielleicht aber ist es doch besser, wenn du auch mitkommst.“

Eigentlich wollte er antworten, daß er den Teufel mitkommen werde, aber ein Blick auf Joyces vermeintes Gesicht hielt ihn zurück. Er erkannte, daß dieser Schlag sie bis ins Herz getroffen hatte. Sie war totenbleich. Und da sollte er den Beseidigten spielen und seine eigene Person in den Vordergrund drängen?

Während sie hinausging, durchslog er die illustrierte Zeitung und fand, daß außer Holme Ottern noch viele andere, alte, berühmte Adelsitze zum Verkauf standen.

Die Worte Lord Otterns kamen ihm ins Gedächtnis zurück: „Unsere Zeit ist vorbei. Der Krieg und seine Kosten haben uns erledigt.“

Diese Anzeigen waren nichts Neues. Er wußte, daß viele seiner eigenen Bekannten Grund und Boden verkauft hatten und nun in London wohnten.

Die neuen Reichen, Kriegsgewinnler, Amerikaner, Juden, hatten sich in den Schlössern und den großen, stillen Parks festgesetzt. Ihm selbst war diese Wandlung ziemlich gleichgültig, aber Joyce war ins Herz getroffen.

Als sie dann im Zuge waren, der nach Süden ging, sah Joyce schweigend und tröstend in ihrer Ecke. Er hüllte sie in seinen Mantel, sie ließ es geschehen und rauchte eine Zigarette nach der anderen aus ihrer langen Bernsteinspitze. In ihrem Kostüm von derber Wolle sah sie wie die geborene Patrizierin aus, bis in die polierten Fingerspitzen der aristokratisch schlanken Hände. Und so jung und kindlich schien sie, wie unter dem weißen Wollmützen das goldige Gelod ihres kurzen Haars herauschaute. Wie gern hätte Bertram den zarten, weißen Hals geküßt, der ihm entgegenleuchtete, als sie sich über ihre Zeitung neigte. Er setzte sich dicht neben sie und legte den Arm um ihren Leib. Sie dudete es eine kurze Zeit, bot ihm aber dann gereizt, er möchte ihr Bewegungsfreiheit lassen und um Gottes willen nicht sentimental werden.

Sofort zog er sich verlegt in die entfernteste Ecke zurück und starrte finster vor sich hin. Draußen sollte sich das silbergrüne Band der im ersten Frühlingglanz prangenden Wiesen ab. Die Aprilsonne liebteste die Strohdächer der alten kleinen Häuschen, die Kirchturmspitzen, das zarte Blattgesieder der Wälder. Wie liebte er sein Vaterland, das da so schmutz und

doch ehrwürdig, so geschützt und friedlich sich vor ihm ausbreitete. Irland war die Heimat seines Vaters, und er selbst war dort geboren, und doch hatte er die tiefste Treue seiner Seele nicht diesem Lande, sondern England gegeben. Wie hätte er sich heimgekehrt und mit tiefer Liebe alles umfaßt, was er von der Heimat kannte. Es war nicht nur die Sehnsucht nach London gewesen, die ihn so oft gepackt hatte, als er im französischen Schützengraben lag.

Vielleicht würde das Vaterland bald wieder gefährdet sein? Als der Zug langsam durch die letzte Station trach, sah er die Zeitungsplakate mit der Aufschrift: „Streik unvermeidlich, bereits angefangen.“ Das klang schlimm. Vielleicht gingen bald auch keine Züge mehr, und sie würden im Auto nach London zurück müssen.

Zum ersten Male unterbrach Joyce das Schweigen: „Ich werde es aber Vater ganz gehörig geben. Er hätte vorher seinen Plan mit mir besprechen müssen.“ Auf Bertrams Einwand, daß ihr Vater sie vielleicht während ihrer Krankheit vor Aufregung bewahren wollte, antwortete sie ungeduldig: „Unfinn! Es war nur seine Freigheit. Er traute sich nicht, davon zu reden.“

Vielleicht hatte sie recht. Als sie in das Parktor einbogen, kam ihnen der alte Graf entgegen, da Joyce ihm von London aus despektiert hatte.

„Nun, Joyce!“ sagte er und hielt ihr die behaarte Wange hin, „freut mich, daß du wieder so wohl aussiehst.“ Er war sichtlich besungen und tat so, als ob er gar nicht bemerkt hätte, daß seine Wange ungelüßt blieb, und Joyces ganzes Benehmen in einem entschieden feindlichen und herausfordernden: „Nun, Vater?“ bestand.

„Deine Mutter befindet sich heute morgen gar nicht so recht,“ fuhr er fort. „Migräne, glaube ich, oder so was.“

„Das wundert mich gar nicht,“ lächelte Joyce höhnisch und bewies ihm dadurch, daß sie ihn für das Uebelbefindens ihrer Mutter verantwortlich machte. Sie ging mit langen, federnden Schritten die Allee hinauf, die zum Herrenhaus führte, so daß ihr Vater etwas zurückbleiben mußte.

Der alte Graf suchte das Gespräch aufrechtzuerhalten, sprach von Ernteaussichten, beklagte sich über mangelnde Ehrfurcht seiner Dorfleute, stieß aber nur auf eisiges Schweigen. Joyce ging so ruhig weiter, als wäre sie ganz allein, aber Bertram, der sie verstoßen beobachtete, sah die verhängnisvollen roten Flammen auf ihrer Wange aufglühen. Das waren Sturmzeichen. Und als sie den großen Rasenplatz vor dem herrlichen alten Schloß erreicht hatten, brach der Sturm los.

(Fortsetzung folgt.)

# Genossinnen! „Die Wählerin“ Nr. 3 ist am Sonnabend in den Verteilungsstellen. + Sorgt für richtige Verbreitung!

Verbrechen und wird dessen Opfer und doch zugleich mitschuldig an ihm.

So geschah es auch. Die Haffänger zogen noch heute von Hof zu Hof. Sie waren Diebe, Landstreicher, Bettler, nicht aber Mörder. Sie sind es geworden, ohne daß sie es gewollt hätten. So sind auch sie, allerdings in anderem Sinne als der Ermordete, schuldig und doch auch Opfer ihres Verbrechens. Werden sie nun wirklich alle drei an einem Tage ihrer Köpfe entledigt werden? Vom höheren Standpunkte aus könnten auch sie einem Leid tun. Selbst auf diese Weise kann das Wort des Dichters angewendet werden: „Ihr laßt den Armen schuldig werden und überlaßt ihn dann der Pein!“ Seit sieben Monaten harren sie der Todesstrafe. Dies allein ist schon keine geringe Strafe. Lebenslängliches Zuchthaus böte genügenden Schutz gegen sie.

## Der Fürstenwalder Manentag. Rededuell der Verteidiger.

In dem in Fürstenwalde stattfindenden Prozeß gegen die Schupo-Wachmeister Domke und Klaus teilte Landgerichtsdirektor Siebert bei Eröffnung der Sitzung mit, daß der Antrag der Nebenkläger auf Verhaftung der beiden angeklagten Wachmeister abgelehnt worden sei. Hierauf nahm Rechtsanwalt Bahn zu längeren Ausführungen das Wort.

Er überreichte dem Gerichtshof die „Rote Fahne“ vom 9. November, wo es in einem Aufsatz in die Jugend heißt, daß es für die deutschen Jungsarbeiter nur einen Weg gäbe: Der Weg der blutigen unerbittlichen Niederzwingung der Ausbeuter unter Führung der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Partei. Es handelt sich für die Kommunisten darum, in dem vorliegenden Prozeß die beiden Polizeibeamten zur Strecke zu bringen, um, wie es in der „Roten Fahne“ gestanden habe, behaupten zu können, daß die Verhandlungen „auf Befehl des Ministers Severing“ in der Polizei ausgeführt werden. Es sei unter allen Umständen erforderlich, den Minister des Innern, Severing, als Zeugen zu laden. Rechtsanwalt Liebknecht erwähnte dann noch, daß der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, durch Minister Severing zu der Beteiligung herangezogen worden sei. Rechtsanwalt Samter erklärte zum allgemeinen Erstaunen, daß er hier keineswegs gegen die Schupolizei oder gegen den Minister Severing kämpfe. Er betenne sogar, daß die Schupolizei vielfach Lob verdiene, seien doch auch manche Kameraden der heutigen Nebenkläger, also Kommunisten, in der Schupolizei. Nachdem dann noch Rechtsanwalt Liebknecht ausgeführt habe, daß unbedingt von gewisser Seite zugunsten des Hauptangeklagten Domke gearbeitet werde und bestimmte Hintermänner ihn deden wollten, allerdings Minister Severing dafür nicht verantwortlich zu machen sei, nahm Rechtsanwalt Heine das Wort. Er teilte mit, daß er allerdings vom Polizeipräsidenten zum zweiten Verteidiger bestimmt worden sei. Das könne jedoch gar nicht wundernehmen, da er selbst früher Innenminister gewesen sei und sich wohl als der Gründer der Schupolizei vor 5 Jahren bezeichnen dürfe. Wichtig sei seine besondere Vertrautheit mit den Verhältnissen der Schupolizei habe zu seiner Berufung in diesem Prozeß geführt. Heine nahm sodann die Schupolizei gegen die fortgesetzten Angriffe der Nebenkläger und ihrer Vertreter in Schutz. Die Schupo arbeite durchaus musterhaft, von Einzelfällen bedauerlicher Art müsse man absehen. Im übrigen sei der Kampf der Schupolizei ein außerordentlich schwerer, nämlich einmal gegen das gewerkschaftliche Verbrechen, das mit Handgranaten und anderen Mitteln arbeite, und dann gegen die Feinde der öffentlichen Ordnung, die es auf einen gewalttätigen Umsturz absehe. Der Gerichtshof behielt sich hierauf eine Beschlußfassung über den Antrag von Rechtsanwalt Bahn, dem übrigens zuerst auch alle anderen Prozeßbeteiligten beitraten, den Minister Severing zu laden, vor.

Die Nachmittagsitzung brachte zunächst die Vernehmung des Polizeiwachmeisters Koch, der den Angeklagten Domke bald nach den Krawallen gesehen hat. Domke habe einen sehr erfahrenen Eindruck gemacht und sei sehr niederschlagen gewesen. Ebenso wie den Domke hat der Zeuge auch den Nebenkläger Hirschberg genau beobachtet können und gesehen, wie dieser besonders die Kirchgänger angepöbelte habe, namentlich die Herren, die Uniform trugen. Hierbei kommt es sehr bald wieder zu erregten Szenen, und es gelangt dem Vorsitzenden trotz vieler Mühe längere Zeit nicht, die vielen Zusammenstöße zwischen den Verteidigern und den Vertretern der Nebenkläger zu beenden. Es wird dann der Mittelschullehrer Lustig vernommen, der Befundungen über mehrere Verletzungen macht, die er an dem Jungen Wassermann, den er als seinen jungen Freund bezeichnet, feststellen konnte. Wassermann sei ganz gebrochen gewesen. Er will den Polizeibeamten die Freude angemessen haben, als sie ihn in die Zelle brachten. Ausrufe wie: „Nun wehr Dich doch, Du Schwein!“ usw. will der Zeuge gehört haben. Man habe ihn immer wieder herausgerissen und hingeworfen und dabei geschlagen. Die Verhandlung geht dann sehr in die Breite, und eine Fülle von Fragen werden an die Zeugen gestellt. Nach einer Pause wird ein Arbeiter Mirgel vernommen, der mit größter Bestimmtheit bekundet, daß er von dem Angeklagten Domke mit einem Gummihüpfel und einem Stein geschlagen worden sei. General Steinhäuser teilt als Zeuge mit, daß Festteilnehmer auf dem Manentag vielfach angereizt wurden. Die meisten Kommunisten seien bereits nachts angekommen und hätten sich in Hangelberg und am Petersdorfer See gelagert. Es folgte dann die Vernehmung des Ersten Bürgermeisters Stoll aus Fürstenwalde, der sich über den Zeugen Wassermann dahin äußerte: Wassermann treibe zwar mit Fanatismus für seine Kommunisten ein, aber ein Weindel sei ihm nicht zuzutrauen. Auch zum Abschluß der Sitzung kam es erneut zu einem Zusammenstoß, den Rechtsanwalt Samter provozierte, indem er fortwährend ironische Bemerkungen machte.

## Das verpönte rote Tuch.

Die Frage, ob das Entfallen einer roten Fahne als grober Unfug und als Störung der öffentlichen Ordnung zu betrachten sei, hatte das Amtsgericht Mitte gestern zu entscheiden. Der Klavierbauerlehrling Hirschberg hatte eine Strafbefehlsklage über 20 Mark erhalten, weil er am 20. August in Lichtenberg eine entrollte rote Fahne getragen hatte. Es wurde hierin grober Unfug erblickt, da er dadurch Anlaß zu einer schweren Störung der öffentlichen Ordnung hätte geben können. Gegen den Strafbefehl hatte Dr. Ruit Rosenfeld Einspruch erhoben, so daß vor dem Amtsgericht Mitte Beweishebung erfolgte. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Fahne eine Arbeiterturnerfahne gewesen war, die zwar rot war, aber das Turnerabzeichen

des vierfachen F trug. Der Beamte erklärte, daß er das Abzeichen nicht gesehen hätte. Der Amtsanwalt beantragte, die Strafe aufrecht zu erhalten, da eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung vorliege. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld wies darauf hin, daß schon vor der Revolution das Tragen von roten Fahnen in der Regel erlaubt gewesen sei. Nach der Revolution seien rote Fahnen so oft auf der Straße getragen worden, daß unmöglich eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung dadurch entstehen könne. Das Amtsgericht schloß sich dieser Auffassung an und erkannte auf Freisprechung.

## 2. Festkonzert

Sonntag, den 23. November, nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr  
in der Philharmonie, Bernburger Straße  
Französisches Kammermusik

Klavier-Quintett von Caesars Frank / S'celchquartett von Maurice Ravel  
Cieder von Berlioz

Professor Köhler (Klavier) / Das Havemann-Quartett  
Jrl. Hennede (Gesang)

Preis 1 Goldmark.

## Sozialdemokratie und Aufwertung. Deutschnationale Wahlkampfdebatte.

Ueber dieses Thema sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung in Friedrichshagen der Stadtoberordnete Gen. Reuter. Die Versammlung gewann dadurch an allgemeinem Interesse, daß zu ihr der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Steiniger erschienen war und in der Diskussion das Wort nahm. Während in der deutschnationalen Versammlung in Friedrichshagen die sich mit der Aufwertungsfrage beschäftigte, Diskussionsredner gegenrätlicher Parteien nicht zugelassen wurden, gab die sozialdemokratische Versammlung Dr. Steiniger die Möglichkeit, seine Meinung über das Aufwertungsproblem ungehindert zum Ausdruck zu bringen. Steiniger betonte — unseres Wissens in dieser Versammlung zum ersten Male —, daß auch er durchaus gegen eine Aufwertung derjenigen Anleihefaktoren sei, die sich zurzeit in den Händen der Spekulanten befänden. Er anerkannte sehr im Gegensatz zu der üblichen deutschnationalen Heße, daß die Sozialdemokraten sich positiv um die Aufwertung bemühen und wies darauf hin, daß auch Dr. Hilferding im Reichstag ihm als Vorsitzenden des Aufwertungsauusschusses erklärt habe, daß unbedingt Mittel zur Aufwertung, namentlich der Sackfahrgeldern, aufgebracht werden müßten. Die Ablehnung der Aufwertung zugunsten der Spekulanten, zu der sich Dr. Steiniger in der Versammlung bekannte, steht allerdings im Widerspruch zu seiner bisherigen Praxis. Bisher hat er auch in der Berliner Stadtoberordnetenversammlung stets eine generelle Aufwertung verlangt, die natürlich für die wirklich bedürftigen Später eine schwere Schädigung bedeutet. Gerade diese Art des Vortretens Dr. Steinigers trug dazu bei, daß die Versammlung zu einem vollen Erfolge für die Sozialdemokratische Partei wurde, die dadurch Gelegenheit fand, der einseitigen Wahldebatte der Rechtsparteien mit der von ihnen nicht ehrlich gemeinten Aufwertungspropaganda energisch entgegenzutreten.

Ein beachtenswertes Vorkommnis ereignete sich bei einer deutschnationalen Wählerversammlung in Potsdam, für die ausdrücklich nach dem Beirat des Grafen Westarp eine freie Aussprache angekündigt war. Als sich nach seiner Rede ein Diskussionsredner zum Wort meldete, wurde ihm mit der Begründung, die Rede sei zu spät erfolgt, das Wort abgeschnitten und stattdessen einer freien Aussprache stimmten die Deutschnationalen in das Deutschlied ein. Es kam zu lebhaften und geräuschvollen Auseinandersetzungen wegen dieses für eine Wählerversammlung völlig ungewöhnlichen Verfahrens. Für den Grafen Westarp ist es kennzeichnend, daß er sich in der Rolle eines Schlichters des Reichspräsidenten gestellt, den er doch feinerzeit im November 1918 gebeten hatte, er möge ihm für seine Reise weg von Berlin einer Geleitkarte besorgen. Der Mut des Grafen war damals um so viel geringer als er heute im Kreise der Seinen zu groß ist.

## Für 500000 Mark Steuerbanderolen gestohlen!

Ein großer Einbruch in das Zollamt Norden wurde in der Zeit vom Dienstagabend bis Donnerstagmorgen in der Luisenstraße verübt. Die Diebstahler gingen von einem der Nachbarhäuser über mehrere Dächer vor. Vom Dache des Zollamtes gelangten sie durch eine Luke in das Innere des Hauses. Sie erbrachen einen hölzernen Schrank, in dem für 500000 Goldmark Steuerbanderolen lagen, und erbeuteten den ganzen Vorrat, der über zwei Zentner wiegt. Es handelt sich um Zigarettenbanderolen von 2, 2 $\frac{1}{2}$  und 3 Pf., die für Packungen zu 100 Stück bestimmt

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 21. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—6.15 Uhr abends: „Unterhaltungsmusik“ (Berliner Funkkapelle). 6.20 Uhr abends: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Hausfrau. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Als Derwisch nach Mekka“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Heinrich Michaelis: „Mörke“, mit anschließender Vorlesung aus seinen Werken. 8.30 Uhr abends: IX. Sonderveranstaltung der Funkstunde A.-G. unter Mitwirkung von Jessyka Kötrick, von der Berliner Staatsoper. Alt: Konzertmeister Stefan Frenkel, Violine; Joseph Schwarz, Klavier. 1. a) Lachen und Weinen (Rückert) Schubert, b) Du bist die Ruh! (Rückert) Schubert, c) Frühlingstraum (W. Müller) Schubert, d) Ständchen (Shakespeare) Schubert (Jessyka Kötrick). Am Schwechten-Flügel: Eugen Gottlieb. 2. a) Pastorale, Scarlatti-Tausig, b) Gavotte, Gluck-Brahms, c) Capriccio über Tanzthemen aus „Alceste“, Gluck-Saint-Saëns (Joseph Schwarz). 3. a) Noveletta, Stefan Frenkel, b) Gavotte und Muzetta, Tor Aulin (Stefan Frenkel). 4. a) Nun ist der letzte Tag erschienen (Geibel), b) An den Flieder (Karl Ernst Knodo), c) Notturmo (Arn. v. d. Passeri) Eugen Gottlieb (Jessyka Kötrick). Am Schwechten-Flügel: Der Komponist. 5. a) Frühlinglied, Mendelssohn-Bartholdy, b) Spielweise, A. Ländow, c) Berceuse, Chopin, d) Walzer, Chopin (Joseph Schwarz). 6. a) Madrigale, Simonetti, b) Hejre Kati, Hubay (Stefan Frenkel). Am Schwechten-Flügel: Kapellmeister Otto Urook. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellungen.

sind. Auf die Ergreifung der Täter, von denen nach den bisherigen Feststellungen niemand etwas bemerkt hat, und auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Die Einbrecher werden wahrscheinlich versuchen, die Bänderolen in Berlin zu Geld zu machen. Mitteilungen nach Zimmer 102 des Polizeipräsidiums.

## „Fah sie weg!“

Wie harmlose Wanderer behandelt werden!

Folgendes „Wandererlebnis“, das an die Vorgänge auf der von Köhnechen Bestimmung am Schwielowsee erinnert, wird uns aus unserem Besserkreis mitgeteilt:

„Wir, vier Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, machten am Samstag eine Wanderung nach Bernau. Im Lauf des Tages kamen wir an das Vangerönnestich und zur dortigen Mühle. Am Fließ fütterten wir Schwäne und wählten auf einem Waldweg zur Landstraße zurück. In der Nähe der Mühle holten uns zwei Männer mit zwei großen Wolfshunden ein. Ohne irgendeinen Anlaß riefen sie den Hunden zu: „Fah sie weg.“ Die Hunde stellten uns, ein Mann kam auf uns zu und brüllte uns an, wo wir herkämen. Auf unsere Frage, warum er das zu wissen wüßte, schlug er auf uns ein und hegte die Hunde. Einen Beteiligten sah ein Hund in den Oberkörper. Er schlug mit einer Rute nach dem Hund. Darauf wurde der Mann regelrecht tobend, trat er uns mit Ohren und stieß mit den Füßen nach uns. Wir wollten rennen, daß wir aus seinem Privatbesitz rauskämen. Als wir uns zur Wehr setzen wollten, hegte er beide Hunde auf uns. Um nicht von den wütenden Tieren angefallen zu werden, mußten wir uns so schnell wie möglich davonmachen. Bemerkten möchten wir noch, daß der „Privatbesitz“ nicht eingezäunt ist, und auch keine Tafel eines solchen angeht. Es soll sich um die Bestimmung eines Berliner Zahnarztes handeln, aber genau konnten wir das leider nicht feststellen.“

Ein derartiges gemeinsames Vorgehen gegen harmlose Wanderer, die durch nichts vor dem Betreten des betreffenden Geländestückes gewarnt wurden, verdient die schärfste Kritik. Es wäre zu wünschen, daß es gelänge, die groben Patrone festsustellen und zur Verantwortung zu ziehen für ihr durch nichts gerechtfertigtes Vorgehen.

## Certhels Schlusswort.

Nachdem das Bericht beschloßen hatte, das Verfahren gegen Schrome abzutrennen, ihn aber weiter in Haft zu behalten, nahmen die Rechtsanwälte Theinert und Dr. Herbert Fuchs das Wort, um in längeren Ausführungen sich gegen die hohen Strafanträge des Staatsanwaltes zu wenden. Es handelte sich bei den Strafakten Certhels um krankhafte Entartung eines pathologischen Hyptitikers. Sodann hielt Certhel im Schlusswort als Angeklagter noch eine längere Rede. Zunächst legte er sich für die Mitangeklagten ein. Hernies sei nur ein Werkzeug gewesen und habe ihn, Certhel, ursprünglich für den Freiherren von Richthofen gehalten. Dagegen sei er von Schrome völlig ausgebeutet worden. Certhel sagte: „Wenn Sie glauben, mir einen so harten Denzettel geben zu müssen, so werden Sie mich nicht bessern, sondern nur bewirken, daß ich in dem Milieu getrieben werde. Sollten Sie aber der Meinung sein, daß meine Strafe durch die Unterbringungshaft noch nicht ausgereicht ist, dann erben Sie mir Bewährungsfrist. Wenn ich mich nicht bewähre, dann will ich ein Hundstott sein.“ Die Verhandlung wurde darauf am Montag vor Mittag vertagt. Es wird alsdann das Urteil gefällt werden.

## Die Großlampfage gegen die Rattenplage.

Die Verteilung der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 16. Oktober über die für den 22. und 23. November angeordnete allgemeine Rattenvertilgung an die zur Auslegung des Rattengiftes Verpflichteten ist in der vergangenen Woche beendet worden. Bei der allgemein bekannten Gefahr der Ratten für die Volkswirtschaft und die menschliche Gesundheit ist es unbedingt erforderlich, daß jeder Beteiligte die in der genannten Bekanntmachung enthaltenen Weisungen voll und ganz erfüllt. Nach dem 23. November wird seitens der Polizeireviere eine eingehende Nachprüfung stattfinden und jeder Säugige bestraft. Besonders sei noch auf folgende Punkte hingewiesen:

1. Die Mieter oder Pächter haben Befuß Auslegung des Giftes den hierzu Verpflichteten das Betreten der Räume zu ermöglichen, in denen das Gift ausgelegt werden soll. — 2. Bei der Verwendung von Phosphoräthergerie ist wegen ihres Giftgehalts mit besonderer Vorsicht zu verfahren. Es ist geboten, die Haustiere in der Zeit vom 22. bis wenigstens zum Ablauf des 24. November sicher zu verwahren. — 3. Die Küchenabfälle, die eine besondere Anziehung auf Ratten ausüben, sind möglichst kurze Zeit vor den Verteilungstagen zu bereinigen. — 4. Die Giftbroden, die toten Ratten und etwaige andere getötete Tiere sind bis zum Abend des 24. November durch Vergraben oder Verbrennen zu vernichten, um einer Lebensgefährdung der Haustiere tunlichst vorzubeugen.

## Schneebeseitigung und Streupflicht.

Der nun bald zu erwartende Schnee gibt dem Polizeipräsidenten Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Anlieger (Hausbesitzer, Verwalter) verpflichtet sind, die Bürgersteige von Schnee freizubehalten und mit Sand, Asche oder einem andern abstumpfenden Material zu bestreuen, damit Unfälle von Passanten vermieden werden. Ferner besteht nach wie vor die Verpflichtung zur dauernden Freibehaltung der Hydranten von Schnee und Eis, da andernfalls bei Feuersbräunten bedenkliche Folgen eintreten können. Die Polizeibeamten sind beauftragt worden, auf die strikte Innehaltung dieser Bestimmungen zu achten.

## Der Kampf um die Frau.

Auf dem Baubengelände am Tegeler Weg, Straße 63 wurde im Herbstfall des „Haus Korn“ die Leiche des 40 Jahre alten Schlägters Artur Korn aus der Widingerstraße 63 zu Charlottenburg mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Nach Angaben von bisher ermittelten Zeugen soll ein Streit zwischen Korn und seiner Frau stattgefunden haben, die ihm einlaufen und bei einem Schlächter Blumberg aus der Dranienstraße 7 Schutz gesucht hatte. Korn war seiner Frau gefolgt und so kam es zwischen beiden Männern zu Tätlichkeiten, wobei Korn zusammenbrach. Nachbarn hatten dies beobachtet und machten bei der Polizei

Schon manche Hausfrau  
hat erfahren,  
Daß Rahma-  
buttergleich  
hilft sparen!

**Rahma**  
MARGARINE  
buttergleich

Beim Einkauf von Rahma-  
buttergleich „verlange  
man gratis die Kinder-  
zeitung, Der kleine Lord.“



# Wer ist Silberpfennig???

# Was ist Silberpfennig???

# Wo ist Silberpfennig???

### Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
8 1/2 Uhr Carmen  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 1/2 Uhr Tiefenland  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr Peer Gynt  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr Maria Magdalena

**Gr. Volksoper**  
9 Uhr  
**Fledermaus**  
Volksbühne  
7 1/2 Uhr Schmidt, Witwe  
Deutsch. Theater  
7 1/2 Uhr Othello  
Kammerspiele  
8 Uhr  
Zum 50. Male!  
Die tote Tante  
und andere  
Begebenheiten  
Die Komödie  
Karlstadtstr. 2, 4/201  
8 Uhr  
Almoe  
Theater u. z. Schillerstr. 10  
8 Uhr: Der Mann ohne Moral  
Th. a. Notendornstr.  
7:30 Die Geliebte  
Sr. Hohell  
mit Fritz Massary  
Komödienhaus  
8 Uhr - Karussell  
Berliner Theater  
7:30 Uhr Ciacin

**Lessing-Theater**  
Nur noch wenig Tage  
8 Uhr  
Die große Revue  
Wien gib acht!  
Über 150 Mitwirkende  
Sonntag 4 U. 11. Pr.  
Hänsel u. Grete!

Deutsches Künstlertheater  
Tägl. 8 U.: Zaza  
Lustspielhaus  
Täglich 8 Uhr  
Geld wie Heu  
Neues Operntheater  
Tägl. 8 Uhr:  
Der Tanz um  
die Liebe  
Wallner-Theater  
Tägl. 8 Uhr:  
David u. Go Iath

**Residenz-Th.**  
Tägl. 8 Uhr  
**Gaunerliehen**  
Musik. Sc. wank  
von F. v. Mili  
uska v. Willi Kosch  
Sonntag 4 U. 11. Pr.  
Rotkäppchen

**Rose-Theater**  
Dir. B. Rose  
7 1/2 Uhr: Schmetter-  
lingsnacht  
Theater am  
Königsplatz 109.  
8 Uhr u.  
nach 10 Uhr:  
Eile-  
sänger  
Fast halbes  
November-  
programm!  
Volkspreis!



## Hans Schomburgk

der bekannte Afrikaforscher spricht  
in italienischen Vorstellungen persönlich  
zu seinem neuen Afrikafilm  
„Mensch und Tier im Urwald“, der  
Wochentags um 4/7 und 4/9 Uhr  
Sonntags um 4, 4/7 und 4/9 Uhr  
gezeigt wird.

**Kammerlichtspiele**  
im Ufahaus am Potsdamer Platz



kennt ein jeder,  
putzt die Schuh',  
erhält das Leder

Chem. Werke Lebzynski & Co. A.-G. Maria-Liellberg

**Stahlmattentzen**  
u. Holz, Polsterstuhl, Metallst. u. Fern. Stuhl  
Erding Str. 30 Altes Eisenmöbel-Geschäft

### Freireligiöse Gemeinde Berlin

Am Totensonntag, nachmittags 4 Uhr, Pappelallee 15:  
Vortrag des Herrn A. Harndt:  
**AUFERSTEHUNG**

Jeden Sonntag, vorm. 11 Uhr, Pappelallee 15: Vortrag  
23. November: Herr H. Fasse: Was ist uns die Bibel.  
9. November: Herr E. Himpel: La Traviata (mit Erläuterungen am Flügel).  
7. Dezember: Herr A. Crispian: Eine Stunde vaterländischer Geschichte.

**Casino-Theater**  
Lettnerstr. 17 Tgl. 8 Uhr  
Neu!  
**Satan Weib!**  
Bühnenmusik in 4 Akten  
Johann Bauer, Berlin Typen  
Vorher: Bunter Teil  
Vok. kostüm. Preise

Th. d. d. Gem.-Turnhalle  
Weißensee, Pflanzstr. 23  
Sonnt. abds 7 u. 9 Uhr

**Alt-Heidelberg**  
Preis: 50 Pf. b. 2 M.

**WINTGARTEN**  
Variete-Revue  
Auf vielseit. en  
Wunsch sind, von  
Sonntag ab, d. 23. Nov.  
auch  
an  
Sonnabenden  
Nachmittags-Vor-  
stellungen stat.  
Abt. 3 1/2 u. 8 Uhr  
Sonntags (abends) 7  
Keine Bahn-Verspil-  
Rauben d. sta. tel!

**Auh-Käse!**  
ihöne  
pitante  
Bare,  
verleude  
in 30-  
roll für  
300 für  
300 5.00  
in Haus  
u. ganz  
Dahl. lang. Perlemb  
gegen Kämpen  
oder Bortalle.  
Fr. Fr. Krumbach  
Adlerstr.  
Damm in Pommern

**KOMISCHE OPER**  
Direktion: James Klein  
8 Uhr Abends 8 Uhr  
**Die neuste Berliner  
Theater-Sensation**  
**Fern  
Andra  
und  
Kurt  
Prenzel**  
persönliches Auftreten im Rahmen  
der großen Labelraffen  
**Revue**  
„Das hat die Welt  
noch nicht geseh'n“  
Über 250 Mitwirkende  
Preise 2 M. bis 18 M.

**Apollo-**  
Theater  
8 Uhr  
Direktion: James Klein  
**Die erste große  
Revue-Posse**  
**Das lachende Berlin**  
Über 150 Mitwirkende  
Preise 2 bis 10 M.

**Circus Busch**  
Tägl. 7 u., Sonntags auch 3 Uhr:  
**Manege-Schauffück**  
aus dem Rom Kaiser Neros  
**„Quo-vadis“**  
Im Zeichen des Kreuzes  
Nach Wilson Barrett. Für den  
Circus Busch bearbeitet und  
inszeniert v. Adolf Steinmann.  
Besonders hervorzuheben:  
**Der Triumphzug des Nero.**



**Unter den Krallen der Löwen.**  
Unter Mitwirkung der berühmten  
**50-Quo-vadis-Löwen 50**  
des Kapitän Alfrud Schneider, Rom.  
**Die lebenden Fackeln.**  
Das brennende Rom

**Kein Film** Eine lebenswahre  
packende Schöpfung!  
Vorher: Das gr. Nov.-Circusprogramm.  
Sonntag nachm. 3 U. Erw. u. u. Kinder  
zu 50 Pf. b. 1 M.

Der u. gekürzte Circusplan u. die  
Schnelldrehen 50 Quo vadis Löwen u.  
Marenspiel „Dornröschen“  
Vorverk. i. Worth u. Circus-Kassen

Th. im Admiralspalast  
Tägl. 8 u. 10 Uhr:  
Die größte  
Revue der Welt:  
**Noch und Noch**

**Kleines Th.**  
Heute 8 Uhr  
Tilla Durieux in  
**Sin idealer Gatte**  
Dulze, Sankt, Kästner,  
H. Berg, Lehrt, Lottger,  
Westerfeld  
Sonntag, 4 U. kl. Pr.  
Schneewittchen

Central-Theater  
7 1/2 Uhr:  
**G'wissenswurm**

**Trianon-Th.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Solott'**  
Erika GIBNER,  
Jul. Falkenstein

Deutsches Opernhaus  
7 1/2 Uhr  
**Die toten Augen**

Gr. Kinder-Vorst.  
im Trianon-Theat  
5 1/2 u. 8 u. 10 u. 11 u.  
Rotkäppchen  
sonnt. 4 U. 11. Pr. ab 10 Pf.  
Aschenbrödel  
dazu d. en. z. Sonnt.  
Die Zauberbrille

Neues Th. am Zoo  
Täglich 8 Uhr:  
**Die Frau  
ohne Schleier**  
Sod. u. Sonnt.  
3 1/2 Uhr:  
Pitzkeitz,  
der Waise schinder

**Goeths-Bühne**  
Klosterstr. 43  
Ab Freitag, den  
21. November  
einige Tage we-  
baltlicher Ver-  
änderung  
geschlossen!

**Reichshafen-Theat.**  
Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Hahn, Balke, Fr. u. Will, Klenzner  
**Dönhoff-Bretti** Herrlich.  
Prog. i.  
Populäre Preise

Th. i. Kommand. Str.  
Neuzeit. Schläger  
von Hugo Hirsch  
**Wenn man ver-  
liebt ist . . .**  
mit Molly Wessely  
Siegfried Arno  
Preis der Rollen: 1-8 Mk.

**Garderobe  
auf Kredit**  
für Herren u. Burschen  
Kleine Anzahlung!  
Kleine Abzahlung!  
Riesen-Auswahl.  
**Landwehr,**  
Müllerstraße 7, vorn 1 Tr.  
am Weddingplatz.

**Möbel  
auf Kredit!**  
Kleine Anzahlung! Kleine Abzahlung!  
Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel  
Riesen-Auswahl!  
**Landwehr**  
Müllerstraße 7, vorn 1 Treppe  
(am Weddingplatz)

Große Zufuhren  
**Starke Waldhasen**  
Saubergespickte Hasen, Rücken u. Keulen  
Krammetsvögel St. 30 Pf. Jg. Fasane, Junge Tauben  
**Nudelgänse! Mast-Gänse, Enten.**  
Frisch ausgebl. Gänsefleisch, Klein u. Keulen, Gänsebrust.  
Hirschfleisch Pfd. 70-120 Pf. Rehblätter Pfd. 150 Pf.  
**O. Elsholz, Robertshaus, Neanderstr. 2**  
Fernsprecher: Moritzplatz 3735, 704

**Neu eröffnet!**  
**Kredithaus  
Diskret**  
Große Frankfurter Str. 77  
Nähe Alexander-Platz  
**Auf Kredit**  
Herren-Anzüge • Herren-Unter-  
Damen-Konfektion  
Gardinen • Steppdecken • Inletts  
Handtücher • Hemdentuche  
Bettdamaste • Bettwäsche  
Tischwäsche • Damenwäsche  
Strickweston usw.  
Waren für 30 Mark  
Anz. 6 Mark  
Waren für 50 Mark  
Anz. 10 Mark  
Waren für 75 Mark  
Anz. 15 Mark  
Waren für 100 Mark  
Anz. 20 Mark usw.  
**Abzahlung nach  
Übereinkunft!**  
Bitte, genau auf meine Firma  
zu achten!

**Zähne von 1 M. an  
auf Teilzahlung!**  
Plomben aus hochwert. Goldmalg im 2 M.  
Zahozichen keine Qual mehr, denn jeder Patient  
wird so behandelt, wie ich sie selbst behandeln  
möchte. Spezialität: Zähne ohne Gummipolster  
**Zahnarzt Dr. C. Rosenbaum**  
Berlin, Prinzenstr. 102 Sprechzeit: 3-8 Uhr  
Neukölln, Berliner Str. 78. Sprechz.: 10-12 Uhr.  
Vorzeiger dieses erhält 10 Proz. Rabatt

**Dixin**  
Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch  
und von ausgezeichneter  
Waschwirkung.

# An alle Angestellten!

Kollegen! Kolleginnen!

Nach einem in der Geschichte aller Parlamente beispiellosen Schacher um vier Ministerfraktionen ist der aus den Reichswahlen hervorgegangene Reichstag und damit das unmöglichste aller Parlamente der Auflösung verfallen. Die fürchterliche Inflation der letzten Jahre hatte weite Kreise unserer schaffenden Volkskräfte, darunter auch Tausende von Angestellten, in helle Verzweiflung veretzt. In ihrer sozialen Not und wirtschaftlichen Unterdrückung hatten viele von ihnen am 4. Mai das Vertrauen auf die eigene Kraft verloren, sie waren resigniert und glaubten an die Rettung durch „starke Männer“, die sich inzwischen als Kraftmeier und Hohlköpfe erwiesen haben.

Die Angestellten und die übrigen Werktätigen sind nach einem zehnjährigen Leidensweg noch um eine Enttäuschung reicher, in ihrer sozialen Lage aber um so ärmer geworden. Fünf wertvolle Monate sind wiederum ins Land gegangen, ohne daß der von Rechts- und Linkspolitikern eingeschlossene Inflations-Reichstag arbeitsfähig werden konnte. Nichts konnte geschehen, um die Wirtschaftskrise zu entspannen und die Not der Angestellten zu erleichtern. Unter der heuchlerischen Maske einer „Volksgemeinschaft“ und eines sogenannten „Bürgerblocks“ glaubten die großkapitalistischen Kräfte des Agrariertums und der Schwerindustrie mit einem Staatsstreich zur politischen Macht gelangen zu können.

Unter völliger Ausschaltung der wirklichen Arbeitnehmervertreter im Reichstag sollte eine reine

## Klassenregierung des Besitzes

geschaffen werden. Der Bürgerblock sollte nur diejenigen Bürger unseres Landes als politisch vollwertig anerkennen, die aus dem mobilen oder immobilien Kapital Renten beziehen, die übrigen Staatsbürger, die von ihrer Köpfe oder Hände Arbeit leben müssen, waren als Untertanen jener „nationalen Erneuerung“ gedacht. Am 7. Dezember ist die — vielleicht letzte Gelegenheit gegeben, die Fehler vom 4. Mai wieder gut zu machen, d. h. einen Reichstag zu wählen, in dem die Träger der Arbeit herrschen, und eine Regierung zu bilden, die den starken sozialen Kräften entspricht, wie sie draußen in der Wirtschaft von den Angestellten, Arbeitern und Beamten ausgehen.

Wir fragen Euch, Angestellte, wie lange noch wollt Ihr es durch Eure eigene Passivität mitverantworten, daß in einem großen Industrie- und Handelslande eine Millionenbevölkerung von Kopf- und Handarbeitern durch eine kleine besitzende Gruppe von Nichtarbeitern regiert werden darf? Ihr habt in diesem großen historischen Augenblick keine Zeit mehr zu sein!

Es gilt vielmehr, die gewaltigen Massen aller deutschen Arbeitnehmer am Wahltag der vollen Entfaltung ihrer unüberwindlichen politischen Kraft entgegenzuführen. Denkt an das Elend der Angestellten! Erkennt aber auch die Nutznießer Eurer Not, und lernt, wieder zornig zu werden!

Die politische Entscheidung vom 7. Dezember wird ausschlaggebend sein für die künftige wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten. Der kommende Reichstag wird darüber zu bestimmen haben: Wer trägt die Kriegskosten?

Das ist die große Frage, deren Lösung von der Zusammenfassung des neuen Reichstages abhängig sein wird. Soll es bei dem jetzigen System der Lastenverteilung bleiben, wonach der Besitz steuerlich immer mehr entlastet, die Lohn- und Ge-

haltsempfänger durch Lohn- und Verbrauchssteuern, jedoch immer mehr belastet werden? Oder soll die bisherige mangelnde Steuermoral der Kapitalisten endlich durch eine soziale Steuerreform ersetzt werden?

Bei der Wiederaufnahme der internationalen Handelsbeziehungen und dem Abschluß der Handelsverträge verlangen die organisierten Angestellten und Arbeiter Freihandel, während die landwirtschaftlichen und industriellen Großkapitalisten neue Schutzollmauern errichtet haben möchten. Bleibt ihre politische Vormachtstellung auch nach dem 7. Dezember 1924 erhalten, dann haben die Angestellten die Kosten des Schutzollsystems mit der weiteren Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel zu bezahlen, mit dem weiteren Sinken ihres Reallohnes zu büßen.

Sicherung des achtfündigen Normalarbeitstages

oder

Stabilisierung des zehn- und zwölfstündigen Arbeitstages;

Wiederherstellung und Ausbau des sozialen Angestelltenwesens

oder

weiterer Abbau der verbliebenen sozialpolitischen Rechte;

Tarifiertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

oder

Ohnmacht des einzelnen Angestellten gegenüber seinem Arbeitgeber;

Ausbau der Sozialversicherung

oder

Almosen für „bedürftige“ Angestellte;

Erhaltung des Koalitionsrechtes

oder

Zerschlagung der Gewerkschaften;

Soziale Stärkung der Betriebsräte

oder

Erklärung der gelben Werksgemeinschaften;

das sind nur einige wenige der großen Entscheidungen, die dem neuen Reichstag vorbehalten sind. Sollte er etwa in seiner Mehrheit wiederum von den Anhängern des alten absolutistischen Regierungssystems beherrscht sein, so wäre damit auch von vornherein die Gleichberechtigung der Angestellten, Arbeiter und Beamten in Staat und Wirtschaft verneint. Wenn die Reaktion heute mit besonderer Schärfe gegen die republikanische Verfassung ankämpft, so geschieht es sicher nicht um der äußeren Form willen. Das Scharfmachertum wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Republik, weil ihm ihr sozialer Inhalt zuwider ist. Es geht im ganzen darum, ob die seit Monaten rasende wirtschaftliche Reaktion durch die Übertragung der politischen Staatsgewalt an jene kapitalistischen Kräfte noch geduldet werden soll. Bisher sind weite Angestelltenkreise mit nationalistischen Phrasen irreführt worden, ihre Arbeitnehmerstimmen vom 4. Mai wurden dazu mißbraucht, um die soziale Ausbeutung zu verschärfen.

National sein heißt wirtschaftlich und politisch kraftlos dafür eintreten, daß das Leben der arbeitenden Menschen in Deutschland wieder lebenswert gestaltet wird!

Es wird nicht zuletzt an den Stimmen der Privatangestellten liegen, ob der noch einmal verhinderte Besitzblock nach dem 7. Dezember 1924 kommen wird.

Kollegen und Kolleginnen, erkennt Eure Macht,

## Stellt dem profitlichen Besitzblock den Block der Arbeit gegenüber!

Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für alle Angestellten, die Vormachtstellung der im alten Reichstag vorherrschenden kapitalistischen Kräfte zu brechen und nur

## einer Partei die Stimme zu geben, deren bisherige Haltung eine Sicherung und den Ausbau der sozialen Republik gewährleistet.

Angestellte, wählt am 7. Dezember als Arbeitnehmer!

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

## Führeraktion.

Hat keiner Mut, will keiner tan?

Die Deutschösterreichischen höhnen die Deutschnationalen. Die Versuche der Deutschnationalen, von den Bäckischen im Wahlkampf Schonung und Burgfrieden zu erhalten, werden von Herrn Wulle im „Deutschen Tageblatt“ glatt abgewiesen. Wulle sagt den Deutschnationalen, sie seien die Partei des permanenten Unfalls; keiner könne wissen, wohin sie nach der Wahl fallen würden, kein Horoskop könne es künden, und selbst der Kaffeesatz versage. Um die Zerstückelung im deutschnationalen Lager zu illustrieren, veröffentlicht er ein Rundschreiben des Landesverbandes Potsdam I der deutschnationalen Volkspartei vom 24. Oktober, in dem es heißt:

„Die gestrige Sitzung des Parteivorstandes hat folgendes Ergebnis in der Parteiführerfrage gehabt: Hergt ist zurückgetreten. Der vorläufige Vorsitz ist dem Landtagsabgeordneten Winkler übertragen worden, nachdem der Reichstagsabgeordnete Schiele aus Gesundheitsgründen und Graf Weikarp aus Gründen, die wohl in dem Verhalten einer Reihe von Mitgliedern des Parteivorstandes zu suchen sind, abgeteilt hat. Zeichweise schienen die Verhandlungen einen Verlauf zu nehmen, bei welchem Großadmiral von Tirpitz vorläufiger Parteiführer geworden wäre. Tirpitz und Hergt sind in die Parteileitung hineinbegleitet worden.“

Die Deutschnationalen haben demnach in der Sitzung ihres Parteivorstandes den durch die Abfassung Hergts erledigten Führerposten ausgeteilt wie warme Semmeln. Keiner wollte ihn haben, bis ihn schließlich Herr Winkler um Gottes willen übernahm. Keiner wollte die Verantwortung übernehmen, die Partei halb und halb ganz und heil aus dem Wahllampfe herauszuführen. Die Freudigkeit der deutschnationalen Männer für die Sache ihrer Partei muß so groß sein, wie die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit ihrer Parteiüberzeugung echt ist. Wer von den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten in dieser Situation die Führung der Deutschnationalen Partei übernommen hätte, der hätte diese Sache wahrhaftig um ihrer

selbst willen tun müssen. Aber das sind die Deutschnationalen nicht gewohnt, sie tun jede Sache, aber nur, wenn sie mit Ministerfraktionen bezahlt wird. Bei solchem Geschäft aber kann man sich in der jetzigen Situation eilig in die Nesseln setzen, wie Herr Hergt erfahren mußte. Die deutschnationalen Mannen aus dem Reichstag wollten also nicht. So blieb der Landtagsabgeordnete Winkler übrig.

So sieht die Führung der Partei der „Führerpersönlichkeiten“ aus!

## Vergeßt Preußen nicht!

Stärkt den sozialdemokratischen Einfluß.

Auf dem Parteitag der Volkspartei führte der Abgeordnete der Volkspartei, Dr. Leidig, aus:

„Fast um jeden Nachtwächter habe ich mit Sepering gekämpft. Von 400 Landräten stehen doch mindestens 200 in ihrem nationalen Empfinden uns nahe.“

Die Rechte ringt selbstbewußt um Macht und Einfluß in der Verwaltung Preußens. Vergeßt nicht, daß der Einfluß in der Verwaltung politische Macht bedeutet. Vergeßt Preußen nicht, stärkt den sozialdemokratischen Einfluß im Preußenparlament.

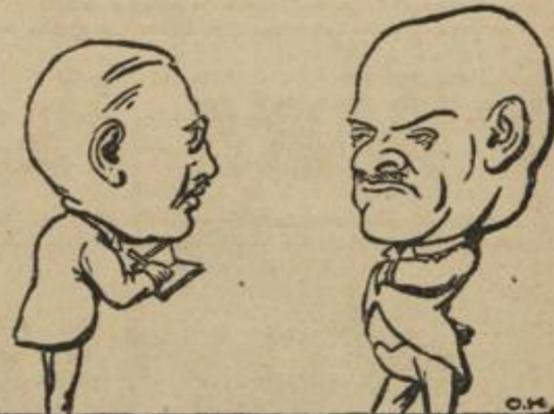
## Ganz Volkspartei.

Die schwarzweißrote — Mittelpartei.

Die Deutsche Volkspartei verbreitet in Berlin unter schwarzweißroter Flagge eine Wahlschrift, die den wahren Charakter dieser Partei auf das trefflichste zeigt. Die Volkspartei steht bei dieser Wahl ihre Hoffnungen darauf, die Deutschnationalen in schwarzweißroter Gesinnung zu übertrumpfen. Diesem Zweck muß erbitterte Beschimpfung der Linksparteien, fauldicke Wahlzüge und Appell an nationalistisch-monarchistische Gesinnung dienen.

Aus diesem Wahlschlachtplan heben wir die feinsten Blüten heraus. Es beginnt mit einer Empfehlung der Volkspartei als bevorzugte Vertreterin des Mittelstandes.

## Der „Vorwärts“ interviewt Stresemann.



„Man macht es mir geradezu zum Vorwurf, daß ich in meiner Jugend ein Buch über den Flaschenbierhandel geschrieben habe — ja, ist denn das ein Verbrechen?“  
„Gewiß nicht, Excellenz, die Flaschenbierfrage ist zweifellos von eminentem volkswirtschaftlicher Bedeutung.“  
„Nicht das allein — sie steht mit der von mir vertretenen Erfüllungspolitik in tiefem Zusammenhang.“  
„Erfüllungspolitik? hm, ich ahne: die Fällung der Flaschen.“  
„Gar nichts ahnen Sie! Wissen Sie nicht, daß seit Annahme des Dawes-Planes die Franzosen die Flaschenhälse von Rehl, Offenbürg und anderen Orten geräumt haben?“  
„Ah, sehr verstehe ich!“  
„Na also!“

Die Eignung dafür hat die Volkspartei in der Inflationszeit bemerkt. Sie war die Partei der industriellen Kräfte, die bewußt die Inflation vorwärts trieben, um mit ihrer Hilfe den deutschen Mittelstand bis aufs Hemd auszuplündern.

Es geht weiter mit einer Empfehlung der Stresemannschen Außenpolitik, die künstlich in einen Gegensatz zur bisherigen Außenpolitik gesetzt werden soll. Es wird bestritten, daß Herr Stresemann Erfüllungspolitik betrieben habe. Es wird die Parole ausgegeben: Befreiungs-, nicht Erfüllungspolitik. Damit wird eingelenkt in die Politik der deutschnationalen Phrasen. In Wahrheit war alle bisherige Außenpolitik, auch die des Herrn Stresemann, Befreiungspolitik durch Erfüllung.

Weiterhin wird als Ziel der Volkspartei bezeichnet eine dauerhafte bürgerliche Regierung zu schaffen. Die bisherigen Regierungskrisen müßten durch klare Mehrheitsverhältnisse ummöglich gemacht werden.

Die Schuld an den Regierungskrisen hat in jedem Falle seit dem Ende des Ruhrkampfes die Volkspartei getragen, angefangen von der Krise der großen Koalition bis zu jener Krise, die zur Auflösung des Reichstages führte. Der Wunsch nach der bürgerlichen Regierung ist hier deutlich genug ausgesprochen. Aber weiterhin heißt es in dieser Flugchrift in einem Artikel, der sich an die Frauen wendet:

„Es ist nicht ein Kampf des Bürgers gegen den Arbeiter — auch der Bürger ist Arbeiter und der Arbeiter ist Bürger, und wir weisen den Gedanken des Klassenkampfes als schlimmsten Feind der zu erstrebenden Volksgemeinschaft weit von uns —, sondern es ist der Kampf gegen den Sozialismus als Weltanschauung, ohne dessen Überwindung ein Wiederaufstieg unseres Volkes nicht möglich ist.“

Hier wird also die Sehnsucht nach der bürgerlichen Regierung wieder glattweg abgegriffen.

Ganz Volkspartei. Ein wenig Wahlschwindel, ein wenig Betrug, ein wenig schwarzweißrote Phrasen — das ist alles.

## Gespräch.

Zwei Republikaner, einander begegnend.

A.: Guten Tag, wie geht's?

B.: Danke, deutschnational.

A.: ? ? ?

B.: Sie verstehen wohl nicht?

A.: Ach ja, Sie meinen halb und halb.

B.: Nein, ich meinte: besch . . .

## Werbt für den „Vorwärts“.

An alle Leser und Lesefinnen des „Vorwärts“.

Am 7. Dezember soll die Bevölkerung ihre Vertretung im Reichstag und somit ihre Regierung wählen. Jeder „Vorwärts“-Leser, jede „Vorwärts“-Leserin hat unter den Familienangehörigen, Arbeitskollegen, alten Schulkameraden, Verwandten, Nachbarn sehr viele persönliche Bekannte, die nur wenig von der völkerverfeindlichen gewaltigen Kulturbewegung des Sozialismus wissen. In diesen Kreisen muß sofort unsere Aufklärungsarbeit einsetzen, damit die Zahl der Wählerstimmen für die SPD. ins riesenhafte answächst. Bringt diese Arbeitsstrebenden nicht nur in unsere Parteiveranstaltungen, sondern gebt ihnen vor allem unsere Zeitungsbeilage zum Lesen!

Jeder Leser, jede Leserin beziehe sofort bei seiner Zeitungsexpedition ein zweites, oder gar drittes und viertes „Vorwärts“-abonnement, das vom 15. November ab für den halben Monat ja nur 1,50 M. kostet, und verbrachte die einzelnen Zeitungsnummern im Kreise seiner Bekannten!

Jedes Zeitungsexemplar muß weitergegeben werden!

Denkt daran, daß Ihr mit einer kleinen Mehrausgabe von 1,50 M. für jedes weitere Halbmonatsabonnement viele neue Leser und Wählerstimmen gewinnen werdet! Denkt daran, daß der Nutzen dieser mühseligen und wenig kostspieligen Werbearbeit letzten Endes ja auch selbst zugute kommt!

Wer es irgend vermag, der vergrößere den Kreis der „Vorwärts“-abonnenten auch dadurch, daß er für eigene Rechnung für andere den „Vorwärts“ bestellt. Vom Sonntag, den 24. November ab bis Ende dieses Monats kostet das Wochenabonnement nur 70 Pf. In diesem Zeitraum müssen wir Tausende von neuen „Vorwärts“-Lesern gewinnen!

Werb für den „Vorwärts“, das Organ der Sozialdemokratie! Ein „Vorwärts“-Leser.

## Sozialdemokratische Außenpolitik.

„Meine Herren, der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ist unsere letzte Karte. Sticht sie nicht, dann sind wir rettungslos verloren, und zwar auf Jahrzehnte hinaus!“

So sprach heftig als kaiserlicher Staatssekretär des Innern im Jahre 1917, nachdem er sich zunächst gegen dieses Bahndienstes gewehrt hatte, um dann natürlich vor dem Ultimatum Ludendorffs umzufallen, der erklärte, ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg könne die Oberste Heeresleitung die „Verantwortung“ nicht länger tragen.

Die „letzte Karte“ stach nicht. Der U-Boot-Krieg war vielmehr der Katastrophe aller Reinfälle.

Amerika entschied mit seinem riesigen Menschen- und Munitionsvorrat den Krieg zugunsten der Entente.

Der Gewaltfriede von Versailles schien zunächst die Prophezeiung Helfferichs zu bestätigen, daß wir auf Jahrhunderte hinaus verloren wären — er war aber zugleich das schwerste Verdammungsurteil gegen alle Schuldigen dieser Katastrophe.

Run hieß es: die Jahre zusammenheften, das Diktat der Sieger, soweit es überbaubar ist, zu erfüllen und mit dem Wiederaufbau Deutschlands von vornherein anzufangen.

Aber dieselben U-Boot-Hafardeure, die unsere Vernichtung auf Jahrhunderte hinaus vorausgesagt hatten, machten die Republik dafür verantwortlich, daß nicht schon zwei Jahre nach dem Durchbruch des schicksalhaften Zusammenbruchs das deutsche Volk wieder hochgekommen sei. Sie hegten gegen die Erfüllungspolitik, mit dem Erfolg, daß zwei ihrer mutigsten Träger, Erzberger und Kautsky, gemordet wurden, und sie erklärten, man müsse es auf die Befragung des Ruhrgebietes ruhig antworten lassen. Das weitere wird sich schon entwickeln (sagte derselbe Helfferich).

Das weitere entwickelte sich in der Tat: die Ruhrbesetzung gab dem deutschen Volk den Rest. Nur eine dünne Schicht von Großindustriellen und Agrariern, die die Politik der „sozialistischen“ Regierung Cuno-Rosenberg lehrhaft hielten, zog aus der vollkommenen Verleumdung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes den größten Nutzen. Nach einigen Monaten war auch dieses Hafardspiel verloren und man mußte unter weit ungünstigeren Umständen mit der Erfüllungspolitik erneut anfangen, der Volkspartei Stresemann an der Spitze.

Die verlorene Bürgerblockade trug — mit Hilfe der gleichartigen kommunistischen Parolen — am 4. Mai ihre Früchte. Bei der Entscheidung über das Sachverständigen Gutachten hatten es die Deutschnationalen trotz ihrer Stärke in der Hand, das „zweite Versailles“ umzuwerfen, „komme, was kommen mag“.

Die Deutschnationalen, die hoch und heilig bis zuletzt geschworen hatten, daß sie nicht umfallen würden, halbierten sich und die Hälfte begab sich verschämt in das Schleppland der sozialdemokratischen Außenpolitik. Angst vor Neuwahlen, Sehnsucht nach Ministerposten leitete sie — das Schicksal Deutschlands war ihnen Nebenache.

Uns Sozialdemokraten leitete bei der Erfüllungspolitik immer nur die Erkenntnis, daß es einen anderen Weg, um aus dem vom kaiserlichen Deutschland zurückgelassenen Trümmerhaufen herauszuheben, überhaupt nicht gibt. Wir hatten den Mut, eine unpopuläre Politik zu treiben und vorübergehende Wählerverluste zu erleiden, wenn nur das deutsche Volk durch unser Verantwortungsgefühl vor noch schlimmerem Elend bewahrt bleiben würde.

Diese Außenpolitik der Sozialdemokratie beginnt endlich ihre sichtbaren Früchte zu tragen: der Umschwung in Frankreich hat die Welt von Poincaré befreit, Herriot hat sich nicht nur mündlich bereit erklärt, einem demokratischen Deutschland so weit wie möglich entgegenzukommen, er hat auch, wie dies von Stresemann anerkannt wurde, Wort gehalten: die Gefangenen des Ruhrkampfes wurden amnestiert, die Ausgewiesenen durften zurückkehren, das Gebiet von Dortmund, Herne, Remscheid mit fast 700 000 Einwohnern wurde von fremder Besetzung befreit — und auch das übrige Ruhrgebiet wird innerhalb der nächsten Monate geräumt — wenn nicht eine Bürgerblockregierung aus den neuen Reichstagswahlen hervorgeht.

Dem eine Reichsregierung mit denselben Nationalisten, die jahrelang den Revanchekrieg gepredigt und die Erfüllungspolitik bekämpft und sabotiert haben, muß wie eine Kriegserklärung an die ganze Welt wirken. Deutschland würde sich damit wieder völlig isolieren, es würde nicht das geringste Entgegenkommen mehr zu erwarten haben, vielmehr dem stärksten Mißtrauen begegnen. Das Endergebnis wäre eine neue Katastrophe und man müßte dann dort, wo nach der Ruhrbesetzung, zu den außenpolitischen Grundlagen zurückkehren, wie sie von der Sozialdemokratie allein konsequent vertreten wurden.

Die deutschen Wählerinnen und Wähler haben es selbst in der Hand, diese neue Katastrophe, die sie wieder um Jahre zurückwerfen würde, zu vermeiden, indem sie am 7. Dezember sozialdemokratisch stimmen. Dann wird Deutschland, das auf Jahrhunderte verloren sein sollte, innerhalb eines Jahres wieder wieder geistig, wirtschaftlich und politisch die Führung im Bunde der europäischen Völker haben.

Alle im Dienste des feindlichen Auslandes! Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Der deutsch-nationale „Tag“ wendet sich erregt gegen die „Eigendrücker“ im eigenen Lager — gemeint ist unter anderem die „Deutsche Zeitung“ — und schreibt, daß diese „Schändlicher der schwarzweißen Front: innerhalb des Reichslagers nicht nur die Geschäfte der Linken, sondern des feindlichen Auslandes besorgen“. Bekanntlich werden die „Geschäfte des feindlichen Auslandes“ in Deutschland bereits von den Demokraten, dem Zentrum, den Sozialdemokraten und besonders auch von dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold besorgt, das der „nationale“ Verleumdungsstab das „Reichsbanner“ stellen zu nennen pflegt, und nun kommen auch noch alle die, einschließlich recht zahlreicher Deutschnationalen hinzu, denen ihre Partei nicht mehr gefällt. Wahrhaftig, die anderen Völker müssen einen seltsamen Begriff von den Verhältnissen in Deutschland erhalten, wenn man ihnen sagt, daß hier eigentlich sämtliche Parteien im Dienste des feindlichen Auslandes stehen! Welche Zustände, welche eine allgemeine Vorliebe für Landesverrat, welche Verrat!

## Im Lande des Schreckens.

### Gefängnis und Gefangenenhilfe in Sowjetrußland.

Durch die demokratische Offenheit Europas ging vor kurzem eine neue Welle der Entrüstung über die Behandlung der politischen Gefangenen in Sowjetrußland. Dem Aufruf unserer russischen Bruderpartei ist ein anderer der Sozialistische Internationale gefolgt. Im Namen der westeuropäischen Demokratie erließen darauf mehrere hervorragende republikanische und sozialistische Männer einen Appell an die Sowjetregierung. Zu gleicher Zeit veröffentlichte das offizielle Organ der unabhängigen Arbeiterpartei, „New Leader“ einen äußerst scharfen Artikel gegen den bolschewistischen Terror. Er verlangte eine allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen und behauptete, daß letztere für die eng-

## Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten liegen nur noch bis zum Sonnabend aus. Wer nicht eingetragen ist, verliert sein Stimmrecht.

### Es ist die höchste Zeit!

Jeder vergewissere sich, daß er eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, erhebe auf der zuständigen Behörde Einspruch und verlange die Eintragung.

## Sichert euer Stimmrecht!

Die Arbeiterpartei eine große Aufmunterung in ihrem Kampf für den englisch-russischen Handelsvertrag bedeuten würde.

Das ist eben das Tragische: Die sozialistischen und demokratischen Parteien aller Länder, ja die russischen Sozialdemokraten selbst sind es, die am eifrigsten die Anerkennung Sowjetrußlands verlangen. Aber ausgerechnet die Demokratie und die Sozialisten Westeuropas werden noch wie vor von der offiziellen russischen Presse mit Verleumdung und Schmutz überschüttet und gerade die Sozialisten sind in Sowjetrußland den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt.

Es ist auch kein Zufall, daß das Problem der politischen Gefangenen in Sowjetrußland gerade wieder so aktuell geworden war. Einmal hatte die Tragödie Georgiens den Terror von neuem besonders stark hervortreten lassen, andererseits nahe der Winter mit allen seinen Schrecken. Die auf den Solowjki verbannten Sozialisten hatten vor einiger Zeit schon erklärt, daß sie einen zweiten Winter dort nicht überleben würden. 45 Prozent von ihnen seien bereits an der Tuberkulose erkrankt. Die Handlungswiese der GPU, der staatlichen Tschekawerwaltung komme einem Kampf auf Vernichtung gleich.

Die Sowjetregierung hat in den ersten Jahren, als sie im Bürgerkrieg mit den „weißen“ Generalen stand, wiederholt erklärt, das Regime des revolutionären Terrors würde aufhören, sobald sie ihre Macht befestigt haben würde. Nun sind 7 Jahre ins Land gegangen und das Terrorregime hat sich aber im Vergleich zu den ersten Jahren gegenüber politisch Andersdenkenden noch verschärft. Die Sowjetregierung erweist so gegen ihren Willen den Anschein, als fühle sie sich jetzt unsicherer als früher.

Die grausige Lage der Gefangenen wird aber noch dadurch verschlimmert, daß die Gefangenenhilfe damentlich. Von einer großzügigen Hilfsaktion, wie sie die kommunistische internationale Gefangenenhilfe in Deutschland betreibt, kann in Sowjetrußland keine Rede sein. Ein ähnlicher Versuch würde die Urheber derselben sehr bald in die Lage derjenigen bringen, denen sie zu helfen beabsichtigen.

Allein nur einigen Männern und Frauen in Moskau und in wenigen anderen Zentren ist es gestattet, die Hilfsleistung auszuüben. Sie bilden die Organisation des sogenannten „Politischen Roten Kreuzes“. Es nennt sich „politisch“, weil es nur den politischen Gefangenen Hilfe zuteil werden läßt, in Wirklichkeit aber ist es unpolitisch, neutral, da es allen Gefangenen, ohne Unterschied der Ueberzeugung, ja selbst den Kommunisten in ihrer seelischen und leiblichen Not beisteht.

Dieses „politische“ Rote Kreuz ist nur die Fortsetzung des revolutionären Hilfskomitees, das auch während der Zarenzeit unter dem gleichen Namen seine Tätigkeit ausübte. Damals war es illegal. Es sammelte Geld, half den Gefangenen und wurde arg verfolgt. Nach kurzer Pause während des Jahres 1917 eröffnete es im Frühjahr 1918 aufs neue seine Arbeit; die Gefangnisse begannen wieder sich mit politischen „Verbrechern“ zu füllen. Zu Ehren der Bolschewisten muß gesagt werden, daß sie — sieht man von einigen Zwischenfällen ab — im großen und ganzen die Tätigkeit dieses Komitees dulden; hatten doch die jetzigen Machthaber seinerzeit selbst mehr als einmal sich der Hilfe des Politischen Roten Kreuzes erfreut. An der Spitze der Hilfskommission steht die Frau Pechlawa, die erste Frau Bolschewik.

Einzelne Mitglieder des Komitees erhielten die Erlaubnis, persönlich die Gefangenen in ihren Einzel- und Gemeinschaftszellen zu besuchen — das Innengefängnis der besonderen Abteilung der Tscheka war hier von ausgeschlossen — ausgefüllte Fragebogen von den Gefangenen entgegenzunehmen, bei den verschiedenen Abteilungen der Tscheka persönlich für die Inhaftierten zu sprechen. Sie erwarben auch von den Kooperativen für billiges Geld Kleider, Lebensmittel und Tabak, die sie unter den Gefangenen verteilten. Ihre Intervention führte nicht selten zur Schlichtung von Konflikten zwischen der Administration und den Gefangenen, ihre Rittungen über Mißstände fanden ab und zu Gehör, ihre Mitglieder durften unter Umständen auch außerhalb Moskau liegende Gefängnisse und Konzentrationslager besuchen. Das Bureau des Hilfskomitees wird während der Sprechstunden von den Verwandten der Gefangenen förmlich belagert. Die Bedeutung des „Politischen Roten Kreuzes“ für sie ist unbefriedigend groß, seine Hilfe ist jedoch im Vergleich zu der unermeßlichen Not nur ein Tropfen im Meer.

Die Sowjetregierung liefert durch ihre Politik des Terrors den Klassenfeinden des Proletariats in Westeuropa die stärkste

Waffe gegen die Arbeiterklasse und schädigt andererseits ihr Ansehen bei der Demokratie der Welt. Gerade im gegebenen Augenblick, wo Sowjetrußland der endgültigen Anerkennung entgegengeht, wo selbst über die Freistellung eines Sitzes im Völkerbund diskutiert worden ist, wo es sich für sie darum handelt, eine Anleihe aufzubringen, um die russische Wirtschaft aufzubauen, wäre es an der Zeit, mit dem Regiment des Terrors zu brechen. Die Nachrichten aber, die aus Rußland kommen, sind ungeheuerlich. Bis 3000 Sozialisten schwanden in Gefängnissen und Verbannung, bis 100 000 politische Gefangene und Verbannte zählt man im ganzen. Hungerstreiks, Selbstmorde, Selbstverbrennungsversuche sind fast eine tägliche Erscheinung. Unterernährung, Krankheiten und Tuberkulose, Scharlach und Furunkulose fordern immer neue Opfer. Grausame Willkür, unendliche Demütigungen, Arbeitslosigkeit ist das Schicksal der Verbannten. Ist die Verbannungskrist zu Ende, so wird eine neue auf administrativem Wege angelegt.

Dem muß ein Ende gemacht werden. Um so schneller wird dann die eben erst von dem 23. Internationalen Friedenskongress geforderte Amnestie für politische Gefangene auch in den übrigen Ländern erreicht werden.

Die Hoffnung, daß der siebente Jahrestag der bolschewistischen Revolution, der 7. November, eine Amnestie bringen würde, ist zunichte geworden. Im Gegenteil, in Verbindung mit den Vorbereitungen zu der Jahrestagsfeier haben wieder Massenverhaftungen von sozialistischen und parteilosen Arbeitern in verschiedenen Städten Rußlands stattgefunden. Angesichts dieser Tatsache wird es zur internationalen Pflicht des Proletariats, auf die Sowjetregierung einen moralischen Druck auszuüben und auch, wenn irgendwo möglich, materiell die Gefangenen Rußlands zu stützen.

## Wirtschaft

### Die Umsätze in deutschen Konsumvereinen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat bei den größeren ihm angeschlossenen Genossenschaften eine Erhebung über die Wochenumsätze seit Anfang dieses Jahres angefaßt, deren Ergebnis Heinrich Kaufmann in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ mitteilt. Die Erhebung erstreckte sich bis Ende August auf die 32 größten (von 761 zur Jahresstatistik berichtenden) Vereine mit (am Ende des vorigen Geschäftsjahres) 1 051 651 (von 3 367 286) Mitgliedern. Für den September liegen Berichte von 56 Vereinen mit 1 602 571 Mitgliedern vor.

Auf die Vierteljahre\* berechnet, ergibt sich folgender Umsatz:

1. Vierteljahr: 40 267 075 M. oder auf den Kopf insgesamt 38,28, je Kopf und Woche 2,94 M.
2. Vierteljahr: 46 295 430 M.: auf den Kopf 44,21, und je Kopf und Woche 3,40 M.

Im dritten Vierteljahr muß mit Rücksicht auf die verschiedene Ausdehnung des Erhebungsgebietes eine Teilung vorgenommen werden.

Es ergibt sich für die 9 Wochen bis Ende August (noch bei 32 Vereinen mit 1 051 651 Mitgliedern) ein Umsatz von 31 308 864 M., d. i. auf den Kopf 29,77, und je Kopf und Woche 3,31 M. für die 4. Wochen bis 27. September ein Umsatz (nun bei 56 Vereinen mit 1 602 571 Mitgliedern) von 22 555 514 M., d. i. auf den Kopf 14,07, und je Kopf und Woche 3,52 M.

Zusammengerechnet: beträgt der Umsatz auf den Kopf in diesem Vierteljahr (in dem noch eine Drittwoche fehlt) 43,84 M., und je Kopf und Woche 3,44 M.

Für die drei Vierteljahre ist der Wochenumsatz also je Kopf im Durchschnitt: I. 2,94, II. 3,40, III. 3,44 M.

Um die Entwicklung näher zu verfolgen, wollen wir den Umsatz je Kopf und Woche für eine Reihe einzelner Wochen angeben. Da die erste Woche (2. bis 5. Januar) nur vier Tage zählt, beginnen wir mit der zweiten. Es zeigen einen Umsatz auf den Kopf des Mitgliedes:

- |                               |         |
|-------------------------------|---------|
| 2. Woche (7. bis 12. Januar)  | 2,60 M. |
| 8. „ (18. bis 23. Februar)    | 3,10 „  |
| 14. „ (31. März bis 5. April) | 3,55 „  |
| 20. „ (12. bis 17. Mai)       | 3,33 „  |
| 26. „ (23. bis 28. Juni)      | 3,25 „  |
| 32. „ (4. bis 9. August)      | 3,57 „  |
| 39. „ (22. bis 27. September) | 3,03 „  |

Wir sehen in den ersten Monaten einen Aufschwung, dem im November und im Dezember wieder eine Zunahme folgt. Doch muß, genau genommen, mit jeder neuen Woche etwas abgerechnet werden, da der Verkauf immer in Vergleich zu dem ursprünglichen genannten Mitgliederstand gebracht wird. Da aber die Zahl der Mitglieder in stetiger Zunahme ist, müßte eigentlich für jede neue Woche eine etwas kleinere Durchschnittszahl errechnet werden. Dazu muß, falls die Kaufkraft der Mitglieder, d. h. nicht die ausgegebene Geldsumme, sondern die erworbene Warenmenge festgestellt werden soll, die Veränderung in der Indexzahl, d. h. dem in Waren ausgedrückten Werte der Mark berücksichtigt werden. Die Indexziffer der Ernährung — die hier ganz vorwiegend in Betracht kommt — war für Januar 1,27, Februar 1,17, März 1,20, April 1,23, Mai 1,26, Juni 1,20, Juli 1,26, August 1,22, September 1,26.

Betrachten wir von den Landesverbänden die Entwicklung im Verband ostdeutscher Konsumvereine, in dem Berlin durchaus überwiegt. Hier war der Umsatz in zunächst 3 Vereinen mit 192 663 Mitgliedern:

- im 1. Vierteljahr 6 975 453 M., d. i. je Kopf 36,21, und je Kopf und Woche 2,79 M.
- im 2. Vierteljahr 7 368 738 M., je Kopf 38,19, je Kopf und Woche 2,95 M.
- im Juli und August 4 480 976 M., je Kopf 23,26, je Kopf und Woche 2,59 M.

\* Eine Berechnung auf Monate ist nicht möglich, da die Wochen sich nicht mit den Monaten decken.

**NEU** **Blaukopf** **in Friedensformat**

Die beliebteste **3 KRESSIN ZIGARETTE** in bekannt überragender Qualität

ZIGARETTENFABRIK OTTO KRESSIN, BERLIN, SCHÖNHAUSER-ALLEE 149



